

## epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,  
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführerinnen: Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 33,25 Euro,  
jährlich 399 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.

Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001):  
jährlich 469,80 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,

Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: [gep-leserservice@medienexpert.com](mailto:gep-leserservice@medienexpert.com)

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-294, E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für  
„epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile  
daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder  
elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: [verkauf@epd.de](mailto:verkauf@epd.de)

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 21. Mai 2024

[www.epd.de](http://www.epd.de)

**Nr. 21**

## ■ Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität

Fünfter digitaler Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik  
23. Februar 2024

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Geschäftsführerinnen:  
Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur:  
Uwe Gepp  
Tel.: (069) 58 098 -135  
Fax: (069) 58 098 -294  
E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.  
Druck:  
Strube Druck & Medien GmbH  
Stimmerswiesen 3  
34587 Felsberg

## ■ Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität

Zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wollen wir die großrussische Ideologie als eines der Motive dieses imperialen Unterwerfungsversuchs diskutieren und einordnen. Neben den realen Verheerungen in der Ukraine, die diese Gewalt hervorruft, wollen wir den Blick aber auch auf die zivilgesellschaftliche Solidarität lenken, die auf ganz unterschiedlichen Feldern die Integration der Ukraine in die westliche Wertegemeinschaft fördert und stärkt.

Durch diesen Studientag möchten wir den Antworten auf die

Frage näherkommen, ob es sich bei diesem Krieg um einen Systemkonflikt autoritär-diktatorischer Gesellschaften gegen freie, demokratische handelt, oder ob mit einer zerstörten und verwüsteten Ukraine eine geographische Barriere gegen den Westen errichtet werden soll

*(Aus der Einladung zum Fünften digitalen Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik)*

*Die Texte zum ersten Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland »Im Angesichts des Ukraine-Krieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen« am 12. Mai 2022 sind als epd Dokumentation 25/2022 erschienen, der zweite Studientags »Im Dialog mit aktuellen Stimmen aus Osteuropa« am 18. Oktober 2022 als epd Dokumentation 3/2023. Inhalte der dritten friedensethische Tagung der Akademien (»Ich habe geträumt, der Krieg wär' vorbei« ... Politische Möglichkeiten und theologische Perspektiven aus Ost und West, 20. März 2023) wurden in epd Dokumentation 23/2023 veröffentlicht.*

---

### Quellen:

#### Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität

Fünfter digitaler Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik (*Evangelische Akademie Bad Boll, Evangelische Akademie im Rheinland, Evangelische Akademie zu Berlin, Evangelische Akademie Hofgeismar, Evangelische Akademie Frankfurt, Evangelische Akademie Villingst im Institut für Kirche und Gesellschaft Evangelische Kirche von Westfalen, Evangelische Akademie Thüringen, Evangelische Akademie Sachsen, Evangelische Akademie Tutzing*)

23. Februar 2024

## Inhalt:

### **Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität**

#### **Fünfter digitaler Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik 23. Februar 2024**

---

▶ Dr. Friederike Krippner: Einleitung	4
▶ Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm: Zeitenwende? Christliche Friedensethik angesichts des Ukraine-Kriegs	5
▶ Prof. Dr. Beate Mitzscherlich: Zivilgesellschaftliches Engagement in der Ukraine-Hilfe: Ein Erfahrungsbericht	13
▶ Susanne Müller: Zivilgesellschaftliche Unterstützung der Ukraine. Was tut Brot für die Welt?	17
▶ Dr. Sebastian Kranich: Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität Wort in den Tag	19
▶ Dr. Oleksandr Zabirko: Großrussische Ideologie und Ihre Facetten: Regional, Global, Transzendent	20
▶ Kerstin Gralher / Prof. Dr. Jörg Hübner: Rückblick auf den 5. Friedensethischen Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland und Einführung in die vorliegende Dokumentation »Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität«	25

## Einleitung

*Dr. Friederike Krippner, Direktorin der Evangelischen Akademie zu Berlin*

Ich begrüße Sie herzlich zu diesem nunmehr fünften Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland mit dem Titel »Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität«.

Dass wir als Akademien heute zum fünften Mal gemeinsam einen solchen Studientag zur Friedensethik halten, ist bei aller guten Zusammenarbeit wahrlich kein Grund zur Freude. Denn bei diesen Studientagen geht es ja nicht allgemein um friedensethische Fragen, sondern ihr Thema ist die reflexive Begleitung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Als wir dieses Projekt gestartet haben, taten wir dies mit der (allerdings nur leisen) Hoffnung, es könne bald enden, weil eben der Krieg ende. Aber diese Hoffnung hat sich als falsch erwiesen. Der Krieg jährt sich morgen zum zweiten Mal. Allerdings stimmt das nur halb. Denn der Krieg war ja auch vorher vorhanden, aber in einer gefühlten Latenz, die es der Welt, die es Deutschland offenbar einfach machte, ihn nicht so genau wahrzunehmen.

Das hat sich mit dem 24. Februar 2022 verändert. Danach hat sich in Deutschland politisch und gesellschaftlich, die Einstellung zur Sicherheitspolitik und zum geopolitischen Gefüge rasant verändert. Fast über Nacht sind auf damit auf die diskursive Tagesordnung die historischen Linien eines russischen Imperialismus, der bis in die Gegenwart reicht, gesetzt worden.

Worum geht es dabei? Imperialismus ist ja zunächst einmal eine Beschreibungskategorie der Neuzeit. Imperien, also über die Zentralmacht hinausgedehnte Reiche, hat es zwar immer gegeben, man denke an das alte Rom. Aber der Begriff Imperialismus ist als Konzept eng verbunden mit dem Kolonialismus. Er beschreibt die Zeit seit dem 16. Jahrhundert, in der europäische Mächte ihre Herrschaftsmacht aus primär wirtschaftlichen Gründen weltweit auf andere Länder ausdehnten, eine Geschichte der brutalen Dominanz also. Nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Ende der Hochphase »klassischen« Kolonialismus also (seiner realpolitische und diskursive fortgesetzte

Macht ist eine andere Geschichte), hat sich das Konzept des Imperialismus dann noch einmal gewandelt. Imperialismus, das meinte seitdem die globale ökonomische, politische und militärische Dominanz insbesondere der USA. Die Sowjetunion hat sich gerade deshalb immer als »antiimperialistische Macht« verstanden und auch mit diesem Impetus die nationale Befreiungsbewegungen im globalen Süden untergestützt.

Diese Inszenierung im Blick zu behalten lohnt, wenn wir den Blick darauf richten, welche globalen Strategien Russland verfolgt. Russlands Anspruch, global seine wirtschaftliche, politische und militärische Macht auszubauen, wurzelt tief in der Geschichte. Zumindest im öffentlichen Diskurs ist aber erst in den letzten zwei Jahren stärker der Blick darauf gerichtet worden, welche Rolle die Ukraine über Jahrhunderte in diesen Bemühungen spielte. Darauf wollen wir auch heute den Blick richten und sehr grundsätzlich der Frage nachgehen, welche Funktion der Angriff auf die Ukraine für Russland erfüllt. Handelt es sich um einen Systemkonflikt? Oder geht es doch eher darum, eine geopolitische Barriere zu Europa zu setzen?

Diesen Fragen gehen wir am heutigen Nachmittag nach. Zuvor wollen wir aber den Blick auf etwas ganz anderes richten: auf die Zivilgesellschaft. Die Spielräume und Aufgaben für zivilgesellschaftliche Organisationen spielten auch kürzlich bei den Treffen von Selenskyj mit Scholz und Macron eine Rolle. Der Blick nach Russland zeigt uns, was es heißt, wenn Zivilgesellschaft brutal verhindert wird. Welche Rolle kann und sollte die Zivilgesellschaft also in diesem Konflikt spielen? Anhand von ganz konkreten Beispielen aus der Ukraine und Deutschland wollen wir mit Ihnen darauf fokussieren, welche Chancen Zivilgesellschaft in diesem Krieg hat. Dabei werden wir auch den Blick auf die Kirche als zivilgesellschaftlichen Akteur gelegt.

Damit beginnen wir nun. Ich wünsche Ihnen und einen erkenntnisreichen Studientag! 

# Zeitenwende? Christliche Friedensethik angesichts des Ukraine-Kriegs

*Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK)*

## 1. Einleitung

Auch zwei Jahre nach der russischen Vollinvasion der Ukraine gehören die Geschehnisse in der Ukraine zu den Ereignissen, die viele Menschen bewegen. Der tägliche »Ukraine-Ticker« findet sich nach wie vor in den wichtigsten digitalen Nachrichtenkanälen. In großen Tageszeitungen wird täglich der Frontverlauf in einer Graphik dargestellt. Auch der schreckliche Gazakrieg hat die Ukraine nicht aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängen können. Es ist gut, dass angesichts der sich wiederholenden Bilder von durch russische Raketen zerstörten Städten und Dörfern und der Menschen, die diesen Zerstörungen zum Opfer fallen, nicht der befürchtete Abstumpfungseffekt eingetreten ist.

Es ist immer wieder wichtig, sich klarzumachen, dass auch an vielen anderen Orten der Welt Krieg geführt wird. Und dass das Leid auch anderswo unsere Aufmerksamkeit verdient. Zugleich gilt: Der russische Angriffskrieg gegen Ukraine bringt unser jahrzehntelang gewachsenes Sicherheitsgefühl so sehr ins Wanken, das mit dem Krieg verbundene Leid bekommt zugleich in den vielen Geflüchteten aus der Ukraine ein so konkretes Gesicht, dass dieser Krieg bei uns aus guten Gründen eine ganz besondere Aufmerksamkeit bekommt.

Angesichts der immer höher werdenden Opferzahl und angesichts der Unsummen, die durch die Finanzierung dieses Krieges in Zerstörung statt in Entwicklung fließen, ob nun in die verwerflichen Angriffshandlungen oder in die legitimen Verteidigungsanstrengungen, muss es Anlass zur Sorge sein, wenn fast nur über militärische Lösungsmöglichkeiten diskutiert wird. Diejenigen, die laut über irgendwelche Lösungsmöglichkeiten jenseits des Militärischen nachdenken, müssen sich zuweilen schon allein für ihr Nachdenken rechtfertigen. Dabei ist Nachdenklichkeit die wichtigste Hintergrundhaltung hinter den dann auch nötigen konkreten Entscheidungen.

## 2. Zeitenwende?

Angesichts der Massivität der globalen Herausforderungen, angesichts der großen Enttäuschung

des Vertrauens in diplomatische Konfliktlösungsmöglichkeiten als Mittel zur Verhinderung militärischer Gewalt, aber auch angesichts der Tatsache, dass als Konsequenz des russischen Angriffs deutsche Waffen nun im Krieg gegen Russland eingesetzt werden, ist der Begriff der »Zeitenwende« für das, was wir gerade erleben, durchaus angemessen. Gerade die Komplexität des Bezugs auf die Geschichte macht aber auch deutlich, wie falsch es wäre, mit diesem Begriff die Notwendigkeit einer absoluten Umkehr der bisherigen außenpolitischen Grundsätze oder womöglich sogar der ihr zugrundeliegenden ethischen Werte zu verbinden.

Dass deutsche Panzer nun wieder gegen russische Truppen kämpfen, darf jedenfalls nicht als Indiz dafür gelesen werden, dass Deutschland seinen festen Willen, nie wieder einen unmoralischen Angriffskrieg gegen ein anderes Land zu führen, nun irgendwie relativieren würde. Sondern im Gegenteil: Wir erleben ja, dass zwei Staaten hier gegeneinander kämpfen, die beide Opfer des deutschen nationalistischen Größenwahns geworden sind. Wenn es geschichtliche Gründe für den Einsatz von Deutschland gelieferter Waffen im Ukrainekrieg gibt, dann können sie nur darin liegen, dass Deutschland damit mithilft, die Ukrainer die damals Opfer der deutschen Aggression geworden sind, diesmal vor einer erneuten Aggression, nämlich der russischen, zu schützen.

Der Begriff »Zeitenwende« kann also nur als Marker für eine grundlegend veränderte Situation verwendet werden. Auf keinen Fall darf er irgendetwas wegnehmen von der festen Überzeugung, dass militärische Gewalt immer nur ein trauriges Notmittel zum Schutz von Menschen und ihrer Freiheit sein kann, nie aber eine Eigendynamik entwickeln darf.

Wer also jetzt unter dem Begriff der »Zeitenwende« vom größten Pazifisten zum leidenschaftlichen Unterstützer möglichst großer Waffenarsenale mutiert, macht einen problematischen Gebrauch von diesem Begriff. Ich wünsche mir viel mehr Nachdenklichkeit in unserer öffentlichen Diskussion um den Ukrainekrieg. Die alten Einsichten in die Kraft des Dialogs als Mittel gegen ein wechselseitiges militärisches Hochschau-

keln dürfen gerade jetzt nicht einfach über Bord geworfen werden. Die vielen Beziehungen, die zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern und Russland entstanden sind, dürfen gerade jetzt nicht gekappt werden. Sie sind im Gegenteil gerade jetzt wichtiger denn je! Dass gerade die Kirchen hier eine besondere Aufgabe und auch Möglichkeit haben, werde ich noch näher ausführen.

Die Nachdenklichkeit, die ich mir wünsche, herrscht gegenwärtig jedenfalls in der evangelischen Friedensethik. Das Bewusstsein ist groß, dass eine bloße Berufung auf die Gewaltlosigkeit Jesu jedenfalls dann nicht ausreicht, wenn sie aus einer eigenen sicheren Position heraus anderen gravierende Opfer, vielleicht das Opfer des eigenen Lebens, abverlangen würde. Der gemeinsame Wunsch, dem Leiden endlich ein Ende zu setzen, verbindet alle Positionen. Kriegsbegeisterung oder gar Militarismus vertritt niemand. Zu deutlich ist die Einsicht, dass Gewalt nie Frieden schafft, sondern bestenfalls Räume dafür wieder öffnen kann, dass er sich entwickeln kann.

Kann die Welt – so lautet die ganz akute Frage – es zulassen, dass ein Autokrat, der in seiner eigenen Welt lebt, sein Volk mit allen denkbaren propagandistischen Mitteln in die Irre führt und auf dieser Basis einen skrupellosen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt, am Ende das bekommt, was er will? Die Wahrscheinlichkeit, das bestreitet gegenwärtig vermutlich niemand, dass ein Mann, der die Welt über Jahre hinters Licht geführt hat, sich allein durch gewaltfreien Widerstand stoppen lässt, geht gegen Null. Diese unmittelbare Frage entbindet nicht davon, die Versäumnisse zu analysieren, die dazu geführt haben, dass eine solche Situation überhaupt entstanden ist, und die Konsequenzen für Gewaltprävention in der Zukunft zu ziehen. Trotzdem muss die Frage nach den akut ethisch verantwortbaren Handlungsoptionen gestellt werden.

Die Fragen, die sich der christlichen Friedensethik jetzt stellen, sind nicht neu. Aber sie stellen sich nun mit einer neuen Dringlichkeit. Die Orientierung am »gerechten Frieden« bleibt auch jetzt richtig. Es bleibt auch richtig, dass wir uns damit von der »Lehre vom gerechten Krieg« verabschiedet haben. Denn Krieg ist immer eine Niederlage. Und militärische Gewalt ist nie »gerecht«, sondern schrecklich. Aber es kann eben auch Situationen geben, wo der Verzicht auf sie noch schrecklicher ist.

Bevor ich auf die aktuelle Situation eingehe, möchte ich eine Art Landkarte der friedensethischen Diskussion zeichnen. Welche Positionen gibt es überhaupt in der Friedensethik? Auf dieser Basis möchte ich dann den Lerngang der friedensethischen Diskussion seit dem Fall der Mauer nachzeichnen und dabei besonders auf die kirchliche Urteilsbildung eingehen.

### 3. Eine Landkarte der friedensethischen Diskussion

In den friedensethischen Debatten um aktuelle Fälle militärischer Gewaltanwendung stehen sich in der Regel Gegner und Befürworter des in Frage stehenden Militäreinsatzes gegenüber. Dass die inhaltliche Substanz der Debatte mit einer solchen groben Gegenüberstellung nur begrenzt wiedergegeben wird, zeigt sich, wenn wir die dabei auftretenden Argumentationstypen etwas genauer betrachten.<sup>1</sup>

Am einen Ende des Spektrums steht eine Form des prinzipiellen Pazifismus, die ich **unbedingten** oder **deontologischen Pazifismus** nenne. »To Deon« heißt »das Erforderliche, das Sein-Sollende, die Pflicht«. *Deontologisches* Denken geht davon aus, dass es unbedingte Gesetze gibt, die durch nichts außer Kraft gesetzt werden können, wogegen die *teleologische* Argumentation an einem telos, einem Ziel, orientiert ist, zu dessen Erreichen dann die geeigneten Mittel eingesetzt werden müssen. Für den deontologischen Pazifismus scheidet die Anwendung militärischer Gewalt von vornherein aus, weil die unbedingte Pflicht zur Gewaltfreiheit dies ausschließt. Maßgeblich für seinen Lösungsvorschlag ist von daher nicht, welches Ergebnis die Analyse von Vorgeschichte und Verlauf des in Frage stehenden Konfliktes und der damit verbundenen Zielkonflikte ergibt, sondern maßgeblich ist allein die Vorgabe, dass alle aktiven Schritte im Umgang mit diesem Konflikt von Gewaltfreiheit geprägt sein müssen. Sofern der deontologische Pazifismus sich christlicher Motivation verdankt, verweist er häufig auf biblische Texte, von denen her die Gewaltfreiheit als verbindliche Lebensorientierung angesehen wird. Insbesondere die Gebote der Bergpredigt Jesu werden hier häufig angeführt.

Von diesem deontologischen Pazifismus unterscheidet sich den **argumentativen Pazifismus**. Auch er enthält ein starkes deontologisches Element. Auch er führt im Ergebnis zur Position prinzipieller Gewaltfreiheit. In der Begründung geht er aber durchaus anders vor. Er bezieht nämlich neben biblischen Normen bewusst auch

politische Analysen in seine ethischen Begründungen mit ein. Gewalt – so das zusammenfassende Ergebnis solcher Analysen – hat noch nie zum Frieden geführt, weil sie immer neue Gewalt sät. Deswegen ist die biblische Position der Gewaltfreiheit auch die einzig vernünftige. Die Position des argumentativen Pazifismus lässt jedenfalls die Möglichkeit offen, auf dem Hintergrund neuer historischer Erfahrungen und bei überzeugenden Argumenten Ausnahmen vom Verbot der Gewaltanwendung zuzulassen.

Eine dritte Position ist der **Verantwortungspazifismus**. Diese Bezeichnung zeigt schon: Auch er nimmt für sich in Anspruch, Frieden zu stiften. Deswegen vertritt er einen klaren Vorrang der Gewaltfreiheit. Er geht aber davon aus, dass die Gewaltfreiheit des eigenen Handelns nicht das einzige ethisch bindende Prinzip ist. Da es aber einen besonderen Rang einnimmt, ist die Anwendung von Gewalt eine »unmögliche Möglichkeit«, also etwas, das es eigentlich gar nicht geben darf, das aber in bestimmten Situationen akuter Not nicht ausgeschlossen werden kann. Gewaltanwendung ist auch nach dieser Position nie gerechte Gewalt, sondern immer mit Schuld verbunden, sie kann deswegen nur in Ausnahmefällen ethisch erlaubt sein.

Die vierte Position nenne ich den **gerechtigkeitsethischen Ansatz**. Für diesen Ansatz nimmt das Ziel der Gewaltfreiheit keinen hervorgehobenen Rang ein. Ebenso verbindlich ist für ihn etwa die Option für die Schwachen, das Eintreten für die Würde des Menschen oder der Schutz anderer vor Gewalt. Wenn zwischen diesen Prinzipien Konflikte entstehen, muss die Analyse der Situation ergeben, ob Gewaltanwendung zulässig oder gar geboten ist. Von dem, was ich Verantwortungspazifismus genannt habe, unterscheidet sich diese Position vor allem dadurch, dass sie sich nicht scheut, Gewaltanwendung auch ausdrücklich zu rechtfertigen. Nach ihr kann in bestimmten Situationen auch und gerade der schuldig werden, der Hilfe mit militärischen Mitteln *unterlässt*.

Die genannten vier Positionen bilden den Rahmen der friedensethischen Debatte. Die zuletzt genannte, an der Gerechtigkeit orientierte Position, muss als Grenze dessen gesehen werden, was aus der Sicht des christlichen Glaubens überhaupt als legitim erscheinen kann. Hinter ihr steht eine lange christlich-ethische Tradition, die weit über den Raum der Kirche hinaus Wirksamkeit entfaltet hat: die »Lehre vom gerechten Krieg«. Wie eng diese Grenze gezogen ist, wird deutlich, wenn wir

uns die Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg näher anschauen. Zunächst aber noch ein kurzer Rückblick:

#### 4. Friedensethik seit dem Fall der Mauer

In den Konflikten nach dem Fall der Mauer trat zunehmend ein Gesichtspunkt in den Blick, der schon bei der Befreiung der Konzentrationslager durch Soldaten 1945 deutlich sichtbar geworden ist: Kriege sind immer schrecklich. Waffen richten dabei unendliches Leid an. Aber Waffen können auch direkt Leben retten.

1994 wurden in Ruanda in hundert Tagen fast eine Million Menschen mit Macheten ermordet. UNO-Blauhelmsoldaten standen mit Waffen in der Hand daneben und versäumten die Rettung all dieser Menschen, weil ihnen als Blauhelmsoldaten der Gebrauch der Waffen untersagt war.

Bei dem Massaker von Srebrenica 1995, dem 8.000 bosnische Jungen und Männer zum Opfer fielen, schauten die anwesenden UNO-Blauhelmsoldaten ebenso wie vorher in Ruanda tatenlos zu, weil sie keine Erlaubnis hatten, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

2014 war es anders. Durch die Zurückdrängung der IS-Milizen in Syrien und im Irak durch – auch mit deutschen Gewehren ausgerüstete – kurdische Peschmerga wurden vermutlich Zehntausende sonst wehrloser Menschen vor grausamer Ermordung bewahrt. Aus diesen Gründen habe ich damals – trotz aller inneren Zweifel – den Waffenlieferungen, die das möglich machten, nicht widersprechen können.

Das alles schlug sich natürlich auch in der Weiterentwicklung der Positionen in der kirchlichen Friedensethik nieder. An die Stelle der früheren Diskussionen um die atomare Abschreckung traten Diskussionen um den Umgang mit »privatisierter Gewalt«, wie sie uns in zunehmender Zahl und zunehmender Brutalität in den Terroranschlägen islamistischer Fundamentalisten entgegentrat. Der 11. September wurde zum Symbol dafür. Die unvorstellbaren Grausamkeiten des sogenannten »Islamischen Staates« unterstrichen diese veränderte Diskussionslage in der Friedensethik. Während früher die **Kritik** an militärischer Gewaltanwendung die gesetzte Grundlinie kirchlicher Friedensethik war, lag zunehmend die Frage auf dem Tisch, ob es moralisch verantwortbar ist, Menschen, die von Völkermord oder allgemein Formen brutalster Gewalt bedroht sind, **nicht** wirksam zu schützen. Die Frage rückte ins

Zentrum, wie die von der UNO bekräftigte »responsibility to protect«, die menschliche Schutzverantwortung, gewährleistet werden könne und welche Rolle militärische Mittel dabei spielten.

Meinem eigenen friedensethischen Denken in den letzten 30 Jahren lag die Integration des ethischen Orientierungswissens der mit guten Gründen aufgegebenen Lehre vom gerechten Krieg in die sich entwickelnde »Lehre vom gerechten Frieden« zugrunde. Vor allem fünf Kriterien lassen sich in den unterschiedlichen Ausformungen der Lehre vom gerechten Krieg bei Augustin, Thomas von Aquin, Francisco de Vitoria, Martin Luther und Francisco Suarez identifizieren:

- **Legitima potestas** (»legitime Macht«): Der Krieg muss von einer legitimen Autorität (früher der Fürst oder der Souverän eines Staates) erklärt werden.
- **Causa iusta** (»gerechter Grund«): Es muss ein gerechter und schwerwiegender Grund vorliegen, z.B. die Störung des Friedens durch äußeren Rechtsbruch und fremde Gewalt.
- **Ultima Ratio** (»äußerstes Mittel«): Der Krieg darf nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Kein Krieg kann gerecht sein, solange noch irgendeine realistische Chance besteht, den Konflikt durch Verhandlungen oder andere nicht-militärische Mittel zu lösen.
- **Recta Intentio** (»richtige Absicht«): Der Krieg muss mit einer gerechten Absicht geführt werden. Sein ehrlicher Zweck muss es ein, Frieden und Gerechtigkeit wiederherzustellen. Hier kommt also die tatsächliche Motivation für den Krieg ins Spiel.
- **Debitus Modus** (»die geschuldete Art und Weise«): Der Krieg muss nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit geführt werden. Das zu erreichende Gute muss das Schlimme, das zur Herbeiführung des Guten eingesetzt werden muss, klar überwiegen.

In meinen schon erwähnten Analysen zum ersten Golfkrieg 1990, zum Balkan-Krieg und zum Afghanistan-Krieg bin ich in allen Fällen zu dem Ergebnis gekommen, dass der Einsatz militärischer Gewalt in diesen Kriegen den Kriterien nicht standhielt. Das aber bedeutete, dass die Position des unbedingten Pazifismus, für den die Anwendung militärischer Gewalt von vornherein ausscheidet, als auch die Sicht eines Verantwort-

tungspazifismus, der einen klaren Vorrang der Gewaltfreiheit vertritt, aber davon ausgeht, dass die Gewaltfreiheit des eigenen Handelns nicht das einzige ethisch bindende Prinzip ist und deswegen die Anwendung von Gewalt als »unmögliche Möglichkeit«, in bestimmten Situationen akuter Not nicht ausgeschlossen werden kann, am Ende nah beieinander lagen. Beide gehen – wenn auch in unterschiedlichen Graden – extrem restriktiv mit der Möglichkeit der Anwendung militärischer Gewalt um.

Zugleich wurde auch deutlich, dass die neuen Formen von Konflikten, bei denen dem Schutz von Menschen vor direkt ausgeübter brutaler Gewalt eine hohe ethische Qualität zukommt, eine streng pazifistische Position zunehmend problematisch erscheinen ließen, jedenfalls gewichtige Fragen an sie hervorriefen.

Es war bemerkenswert, dass auch der Weltkirchenrat, in dem traditionell pazifistische Positionen ein großes Gewicht haben, die Situationen zunehmend in den Blick genommen hat, in denen zum Schutz von bedrohten Menschen auch militärische Mittel legitim oder gar moralisch gefordert sein können.

Ich habe die Diskussionen bei verschiedenen Konferenzen selbst erlebt. Bei einer Konferenz des Weltkirchenrats in Kigali/Ruanda 2004 etwa war ich am Ende zuständig für die Formulierung des Teils im Schlussdokument, der sich mit notfalls militärischen Interventionen unter der Ägide der UNO zum Schutz von Menschen vor Völkermord befasste. Ich stieß auf große Skepsis gegenüber jedweder Form militärischen Zwangs. Die Pfarrerin aus Uruguay in meiner Gruppe wandte sich angesichts ihrer Erfahrungen mit der Militärdiktatur in ihrem Land gegen jeden Militarismus, die Quäkerin aus den USA gestand das Dilemma zu, konnte sich aber nicht durchringen, etwas zu unterzeichnen, was auch militärische Gewalt notfalls miteinschloss. Der Vertreter aus Ruanda selbst wollte der UNO keine tragende Rolle zubilligen, weil er erlebt hatte, wie UNO-Blauhelmsoldaten die Völkermörder 1994 aus dem Land herauseskortiert hatten.

Umso weniger selbstverständlich war dann, dass zwei Jahre später, in der Erklärung zur »Schutzpflicht für gefährdete Bevölkerungsgruppen« der ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre 2006 die Möglichkeit humanitärer Interventionen ausdrücklich für ethisch legitim erklärt wurde.

Wenn die Pflicht zum Schutz der Bevölkerung

»gravierend verletzt wird, sei es durch Untätigkeit, fehlende Kapazitäten oder direkte Übergriffe auf die Bevölkerung, hat die internationale Gemeinschaft die Pflicht, Völkern und Staaten zu Hilfe zu kommen und in Extremfällen im Interesse und zur Sicherheit der Bevölkerung jenseits der Souveränität in die inneren Angelegenheiten des Staates einzugreifen...«<sup>2</sup>

In ihrer ethischen Würdigung der Notwendigkeit, bedrängten Menschen auch militärisch zu Hilfe zu kommen, sind diese Aussagen bemerkenswert. Als generelle Legitimierung militärischer Herangehensweisen können sie aber sicher nicht dienen.

Ähnliches wird man für die Friedens-Denkschrift der EKD von 2007 sagen können.<sup>3</sup> Sie plädiert für einen gerechten Frieden zwischen Staaten, der durch die Herrschaft des Rechts geprägt ist. Die Denkschrift nimmt auch Stellung zu der Bedeutung der Lehre vom gerechten Krieg:

»Das moderne Völkerrecht hat das Konzept des gerechten Kriegs aufgehoben. Im Rahmen des Leitbilds vom gerechten Frieden hat die Lehre vom bellum iustum keinen Platz mehr. Daraus folgt aber nicht, dass auch die moralischen Prüfkriterien aufgegeben werden müssten oder dürften, die in den bellum-iustum-Lehren enthalten waren. Denn ihnen liegen Maßstäbe zugrunde, die nicht nur für den Kriegsfall Geltung beanspruchen, sondern die sich (ausgehend vom Grundgedanken individueller Notwehr oder Nothilfe) ebenso auf das Polizeirecht, die innerstaatliche Ausübung des Widerstandsrechts und einen legitimen Befreiungskampf beziehen lassen. Ihnen liegen allgemeine Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt zugrunde, die – unabhängig vom jeweiligen Anwendungskontext – wie folgt formuliert werden können...« (102).

Und dann folgen Kriterien, die genau den Kriterien des gerechten Krieges entsprechen: Erlaubnisgrund, Autorisierung, Richtige Absicht, Äußerstes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Folgen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Unterscheidungsprinzip (d.h., an der Ausübung primärer Gewalt nicht direkt beteiligte Personen und Einrichtungen sind zu schonen).

Auch die Kundgebung der EKD-Synode zur Friedensethik 2019 bekräftigt, dass die Friedensdenk-

schrift von 2007 den Einsatz militärischer Mittel als »rechtserhaltende Gewalt«, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim halte.<sup>4</sup> Dass sie diesen Aspekt evangelischer Friedensethik nicht vertieft hat, bleibt allerdings ein Defizit dieser Erklärung.

Die Minimierung der militärischen Gewalt war und ist das klare Ziel evangelischer Urteilsbildung in der Friedensethik. Ihre Reflexion des Umgangs mit faktischer militärischer Aggression bedarf aber der Weiterentwicklung.

Dass das Stichwort der »rechtserhaltenden Gewalt« aus der Friedensdenkschrift für die Frage der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine von besonderer Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Und auch das Programmwort der christlichen Friedensethik der letzten Jahrzehnte, »Gerechter Friede«, muss natürlich hier in seinen **beiden** Teilen sehr ernstgenommen werden.

Denn es ist klar, dass es sich bei dem russischen Angriff um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts handelt. Dass darüber ein vergleichsweise hoher Konsens bei den Staaten der Erde herrscht, hat sich bei der mit Spannung erwarteten Abstimmung einer entsprechenden Resolution in der UNO-Vollversammlung am 24.2.2023, ein Jahr nach dem russischen Angriff, gezeigt. Erneut forderte die Versammlung mit großer Mehrheit einen Rückzug der russischen Truppen. 141 der 193 Mitgliedstaaten stimmten für die Resolution. Nur sieben Länder stimmten dagegen.

Dieser große weltweite Konsens ist erst recht unter den Kirchen deutlich geworden, auch wenn die russisch-orthodoxe Kirche selbst ihn nicht sichtbar teilt, sondern eher hinnimmt.

## 5. Die Position des Weltkirchenrats

Die ohne Gegenstimme verabschiedete Erklärung der ÖRK-Vollversammlung in der ersten Septemberwoche 2022 in Karlsruhe, bei der auch die russisch-orthodoxen Delegierten nicht die blauen Karten gezeigt haben, die den Dissens anzeigen, verurteilt die russische Invasion als »illegal und unmoralisch« und beklagt das erschreckende Maß an Tod, Zerstörung und Vertreibung, an zerstörten Beziehungen und die tiefer denn je verwurzelte Feindschaft zwischen Menschen in der Region, die eskalierenden Konflikte weltweit, das gestiegene Risiko einer Hungersnot in Weltregionen, die schon jetzt von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, die wirtschaftliche Not und gestiege-

ne gesellschaftliche und politische Instabilität in vielen Ländern.

»Als Christinnen und Christen aus verschiedenen Teilen der Welt« – so die Vollversammlung – erneuern wir den Ruf nach einem sofortigen Waffenstillstand, um das Sterben und die Zerstörung zu stoppen, und nach Dialog und Verhandlungen, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen.«

Bemerkenswert in der Erklärung ist auch die klare Kritik am Missbrauch von Religion zur Rechtfertigung des Krieges:

»Wir bekräftigen außerdem nachdrücklich die Erklärung des Zentralausschusses, dass Krieg nicht mit Gottes Natur und seinem Willen für die Menschheit vereinbar ist und gegen unsere grundlegenden christlichen und ökumenischen Prinzipien verstößt, und lehnen jeden Missbrauch religiöser Sprache und religiöser Autorität zur Rechtfertigung bewaffneter Angriffe und von Hass ab.«

Diese Klarheit der Vollversammlung war wichtig und hat all jene Lügen gestraft, die im Vorfeld die Sorge davor geschürt hatten, dass Karlsruhe zum Ort der Verbreitung von Putin-Propaganda werden könnte. Nichts davon ist geschehen.

## 6. Die Friedensinitiative des Weltkirchenrats

Im Mai 2023 sind der Generalsekretär des Weltkirchenrats Jerry Pillay und ich zusammen mit einer kleinen Delegation des Weltkirchenrats in die Ukraine gefahren, um mit den Kirchen dort ins Gespräch zu kommen, um zunächst die beiden miteinander im Konflikt befindlichen orthodoxen Kirchen der Ukraine, die »ukrainisch-orthodoxe Kirche« und die »Orthodoxe Kirche der Ukraine«, an einen Tisch zu bringen.

Die ukrainisch-orthodoxe Kirche war früher dem Moskauer Patriarchat unterstellt. Direkt nach dem russischen Angriff hat sie den Krieg verurteilt. Auch in unseren Gesprächen mit der Führung haben wir klare Worte der Verurteilung des Krieges gehört. Trotzdem sieht sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, noch immer zu nahe mit Russland verbunden zu sein und gar Kollaborateure in ihren Reihen zu haben. Deswegen ist sie von der Regierung aus unter Druck geraten. Ein in die Rada, das ukrainische Parlament, eingebrachtes Gesetz droht zu ihrem faktischen Verbot zu führen.

Die »Orthodoxe Kirche der Ukraine« mit ihrem Oberhaupt Metropolit Epiphany von Kiew und der ganzen Ukraine ist 2018 gegründet worden und 2019 vom Ehrenoberhaupt der weltweiten Orthodoxie, dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus als selbständig (»autokephal«) anerkannt worden. Bei ihrer Gründung spielte auch der frühere ukrainische Präsident Poroschenko eine besondere Rolle. Ein Konfliktpunkt zwischen beiden Kirchen, neben theologischen Unterschieden, ist die Frage, wie mit dem Wechsel von Klöstern und Gemeinden von der einen zur anderen Kirche umgegangen wird und welche Rolle die Regierung bzw. die Sicherheitskräfte dabei spielen. Hier geht es auch um die Frage, wem Gebäude und Vermögen dann gehören.

Ob der Weltkirchenrat hier zu einer Annäherung beitragen kann, ist noch offen. Der für Oktober 2023 geplante Runde Tisch musste zunächst verschoben werden. Das Bemühen um seine Realisierung bleibt.

Warum Wege zum Frieden so wichtig sind, haben wir sehr drastisch nahegebracht bekommen. Die Kriegsverbrechen von Butscha sind der wahrscheinlich schlimmste Ausdruck all des Leids, das der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine angerichtet hat und weiter anrichtet. In den ersten Kriegswochen, als die russische Armee direkt vor Kiew vorgerückt war, wurden in Butscha, einem Vorort von Kiew, über 400 Menschen brutal umgebracht, die meisten davon Zivilisten.

Es war schwer die Bilder von den Toten, die in der Kirche zu sehen waren, auszuhalten. Aber es ist die Realität. Die Geschichten, die der örtliche Priester uns von diesen Tagen im März 2022 erzählt hat, machen verständlich, warum die Menschen in der Ukraine so dringlich um Unterstützung bei der Verteidigung ihres Landes bitten.

An dem Gedenkort des früheren Massengrabes haben wir zusammen mit allen im Ukrainischen Kirchenrat zusammengeschlossenen Kirchen eine Gebetsliturgie zum Gedenken an die Opfer gefeiert.

## 7. Weiterentwicklung der Friedensethik nach dem russischen Angriff auf die Ukraine

Drei Einsichten ergeben sich aus meinen Überlegungen als Aufgaben für die Zukunft.

**Erstens:** Angesichts eines brutalen Angriffs ist es moralisch legitim, sich zu verteidigen. Und das,

wenn es die einzige wirksame Möglichkeit ist, auch mit Waffen. Dann ist es aber – so sehr das mit einem moralischen Dilemma verbunden ist – auch legitim, ein angegriffenes Volk unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit in seiner Verteidigung zu unterstützen – wenn es keinen anderen wirksamen Weg gibt, auch durch Lieferung entsprechender Waffen.

**Zweitens** nimmt aber auch die neue Aufmerksamkeit für militärpolitische Komponenten der Friedenssicherung nichts weg von der Bedeutung abrüstungspolitischer Strategien. Für alle Nato-Mitgliedstaaten zusammen berechnete Sipri in seinem Bericht über die Rüstungsausgaben im Jahr 2022 auf 1,232 Billionen Dollar, das sind 55 Prozent der weltweiten Ausgaben. Der Löwenanteil entfällt mit 877 Milliarden Dollar auf die USA. Die Ausgaben Russlands wuchsen auf 86,4 Milliarden Dollar. Selbst wenn diese Zahl um ein Mehrfaches höher angesetzt würde, liegen die Ausgaben Russlands weit unter den Etats der in der NATO zusammengeschlossenen Länder.

Das deutet darauf hin, dass es bei der Reaktion des Westens auf den Angriff auf die Ukraine nicht um mehr Geld für Rüstung gehen darf, sondern um mehr friedens- und sicherheitspolitische Intelligenz gehen muss.

Die Fragwürdigkeit der hohen Summen für militärische Mittel wird noch unterstrichen durch meine **dritte** Folgerung: Auch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine bleibt die drastische Unterfinanzierung ziviler Möglichkeiten, menschliches Leben zu retten, ein moralischer Skandal. Noch immer sterben jeden Tag weltweit um die 20.000 Menschen, weil sie nicht genug Nahrung oder Medizin haben. Es ist schon jetzt zu beobachten, dass die Zahl nach Pandemie und Ukraine-Krieg sogar wieder wächst.

Anlässlich des UN-Gipfels zur Welternährung 2021 hat der Agrarwissenschaftler und Vizepräsident der Welthungerhilfe Prof. Dr. Joachim von Braun, der auch den wissenschaftlichen Beirat für das UN-Gipfeltreffen leitete, die weltweiten Ausgaben beziffert, die es möglich machen würden, den Hunger bis 2030 weitgehend zu überwinden. In den kommenden zehn Jahren – so stellte er fest – würde das etwa 39 bis 50 Milliarden Dollar jährlich an zusätzlichen Investitionen kosten. Und er fügt hinzu: »Kein Finanzminister kann sich drücken und behaupten, es sei unerschwinglich, den Hunger zu bekämpfen. Nein, das ist es nicht.«<sup>5</sup>

Schon allein, um zukünftigen gewaltsam ausgetragenen Konflikten präventiv zu begegnen, muss die Absurdität der Ressourcenverteilung zwischen Aufwendungen für Rüstung und Aufwendungen für menschliche Entwicklung von den Kirchen wieder und wieder thematisiert werden. Gerade im Hinblick auf das Friedenszeugnis der Kirchen gilt die Verheißung Jesu: »Ihr seid das Salz der Erde, ihr seid das Licht der Welt.« Auf diese Verheißung hören und aus ihr leben, heißt verstehen, dass der »Friede, der höher ist als alle Vernunft« auch klare weltliche Konsequenzen hat.

## 8. Überwindung der Gewalt

Wir erleben gegenwärtig, wie immer mehr Menschenleben verloren gehen, immer mehr Zerstörungen angerichtet werden, immer Geld für Waffen ausgegeben wird, das doch so dringend zur Förderung des Lebens weltweit gebraucht würde, ohne dass irgendwelche nennenswerten militärischen Fortschritte zur Wiederherstellung der völkerrechtskonformen Grenzen erzielt werden. Schon jetzt sind beide Seiten Verlierer des Krieges. Deswegen ist jetzt der Zeitpunkt, sich für Verhandlungen öffnen, die den Schutz des internationalen Rechts, die Verhinderung zukünftiger Angriffskriege und das Ende des täglichen Tötens zum Ziel haben müssen.

Die Hoffnung darauf, dass sich hier kurzfristig Türen öffnen, ist verbunden mit einer Langzeitperspektive, bei der alle Seiten gewinnen. Durch die Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, sind viele Beziehungen entstanden. Sie könnten zum Grundkapital eines zukünftigen Europas werden, in dem die Völker in Frieden und Sicherheit zusammenleben können. Wo immer möglich, sollten auch die Menschen in Russland daran teilhaben, die entgegen aller Kriegspropaganda tapfer für die Menschenrechte und die Überwindung der Gewalt eintreten. Die Hoffnung darauf, dass sie irgendwann nicht mehr die Minderheit sind, bleibt. Auch zwei Jahre nach der russischen Invasion dürfen wir uns an den Krieg nicht gewöhnen. Es gilt, weiter an der Seite der Menschen in der Ukraine zu stehen und nach Wegen zu einem gerechten Frieden zu suchen, damit das schreckliche Leid endlich ein Ende hat. Das wäre ein Sieg für das ukrainische Volk, aber auch für das russische. Am Ende – davon bin ich fest überzeugt, solange der Weg auch noch sein mag – werden nicht Hass und Gewalt das letzte Wort haben, sondern Verständigung und Freundschaft.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Ich nehme hier Überlegungen auf, die ich erstmals 1991 angestellt und dann in der Analyse verschiedener späterer Kriege weiterentwickelt habe: H. Bedford-Strohm, *Die Lehre vom gerechten Krieg und der Krieg am Golf*, in: *Junge Kirche* 52 (1991), 75-80; *Gottes Versöhnung und militärische Gewalt. Zur Friedensethik nach dem Kosovo-Krieg*, in: Rudolf Weth (Hg.): *Das Kreuz Jesu. Gewalt – Opfer – Sühne*, Neukirchen 2001, 209-227; *Gerechter Krieg in Afghanistan? Zur aktuellen Diskussion um die Friedensethik*, in: *evangelische aspekte* 3/2002, 23-26; *Gerechter Friede und militärische Gewalt. Friedensethische Überlegungen im Lichte des Angriffskrieges gegen die Ukraine*, in *Herder Korrespondenz* 5/2022, 13-15.

<sup>2</sup> <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/2-vulnerable-populations-at-risk-statement-on-the-responsibility-to-protect>

<sup>3</sup> *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Gütersloh 2007.

<sup>4</sup> [https://www.ekd.de/ekd\\_de/ds\\_doc/Kundgebung-Kirche-auf-dem-Weg-der-Gerechtigkeit-und-des-Friedens.pdf](https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Kundgebung-Kirche-auf-dem-Weg-der-Gerechtigkeit-und-des-Friedens.pdf) (abgerufen am 3.4. 2022).

<sup>5</sup> <https://www.welthungerhilfe.de/welternaeherung/rubriken/agrarernaehrungspolitik/un-ernaehrungsgipfel-was-steht-auf-dem-spiel/> (abgerufen am 3.4.2022).



## Zivilgesellschaftliches Engagement in der Ukraine-Hilfe: Ein Erfahrungsbericht

*Prof. Dr. Beate Mitzscherlich, Professorin für Pädagogische Psychologie und Ethik im Gesundheitswesen, Westsächsische Hochschule Zwickau, Vorstandsmitglied des EuropaMaidan Leipzig e. V.*

Zur Zivilgesellschaft gehören neben großen, oft nahe am »Wohlfahrts-Markt« agierenden Trägern wie der Diakonie und die Caritas, kleine lokale Vereine, Initiativen oder oft auch nur engagierte Personen, die spontan, meist auch nur kurzfristig aktiv sind – um in akuten Krisen Hilfe zu leisten, Spenden zu sammeln, Unterstützung zu organisieren.... Der Europa-Maidan Leipzig e.V. besteht bereits seit 2014: Zur Vorgeschichte ist es wichtig zu wissen, dass Leipzig bereits seit 1961 eine Städtepartnerschaft mit Kiew unterhält und diese nach der »Friedlichen Revolution«, gerade durch gemeinsamen Austausch der Zivilgesellschaft, aber auch auf kommunaler Ebene eher belebt wurde.

Als es 2013/14 während der Demonstrationen auf dem Euromaidan zu eskalierender Gewalt und Toten und Verletzten kam, waren es nicht zuletzt Leipziger Bürgerrechtler, die sich davon betroffen fühlten, begannen, Spenden zu sammeln und gemeinsam mit dem Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung, im März nach Kiew fahren; wo sie auf dem Maidan bzw. in den Räumen der Evangelisch-Lutherischen Kirche, die direkt am Maidan gelegen zur Erstversorgung von Verletzten diente, von Pfarrer Haska mit Psychologen und Psychologinnen aus dem Krisendienst des Maidan zusammengebracht wurden. Ich fuhr kurz danach, Anfang April 2014 zum ersten Mal nach Kiew, um gemeinsam mit den Psychologinnen zu herauszufinden, welchen Unterstützungsbedarf für ihre sehr qualifizierte und professionelle Arbeit es gab. Neben trauma-therapeutischer Weiterbildung wurden v.a. Ressourcen für die Anmietung und Ausstattung von Räumen als Beratungsstellen gebraucht. Unser Verein gründete sich, um Spenden für diesen Zweck einzuwerben, im Rahmen von Friedensgebeten und von uns organisierten Veranstaltungen zur Politischen Bildung; die gleichzeitig der Aufklärung über die Ereignisse und politischen Prozesse dahinter dienten. Als es um die Verstetigung und den Ausbau der Beratungsstellen auch in der Ost-Ukraine ging, haben wir das Projekt an Brot für die Welt übergeben, die über die dafür notwendigen professionellen Strukturen verfügten. Unser Verein bestand allerdings weiter, erinnerte einmal jährlich beim Friedensgebet an die Opfer des

Maidan, organisierte Bildungsveranstaltungen; und im Herbst 2015 einen Jugendaustausch im Rahmen des Programmes »Meet up-Jugend begegnet Geschichte«. Damals haben wir mit jeweils 12 Jugendlichen Museen und Stätten der Erinnerungskultur in Leipzig und Kiew besucht, gemeinsame Seminare und Gesprächsgruppen abgehalten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Geschichts- und Erinnerungskultur beider Länder besprochen, aber eben auch die Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer demokratischen Erneuerung der Gesellschaft. Die jungen UkrainerInnen waren proeuropäisch eingestellt, aber durchaus kritisch gegenüber korrupten Strukturen und dem Einfluss von Oligarchen auf Wahlen und politische Strukturen, auch noch nach der »Revolution der Würde«. Zu diesem Zeitpunkt war die Krim schon besetzt und in den Gebieten Donezk und Luhansk gab es täglich militärische Auseinandersetzungen zwischen ukrainischen Truppen und den Separatisten; trotz des Minsker Abkommens.

Am Beginn der 2020er Jahre rückte die Ukraine zunehmend aus dem Blick der Öffentlichkeit, auch wir haben überlegt, den Verein zu schließen, da es außer dem jährlichen Friedensgebet und ein bis zwei Bildungs-Veranstaltungen keine Aktivitäten mehr gab; im Oktober 2021 hielt der Kiewer Oberbürgermeister Vitali Klitschko die »Rede zur Demokratie« in der Leipziger Nikolai-Kirche, um die Jahreswende 2021/22 begann Russland, Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen zu ziehen.

Obwohl wir diese Entwicklungen mit Beunruhigung verfolgt hatten, kam auch für uns der Angriff am 24.2.2022 überraschend – und es kamen sofort, ab Ende Februar, viele ukrainische Kriegsflüchtlinge: nach Leipzig, meist Frauen mit kleineren Kindern, aber auch ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Neben der geographischen Nähe zu Osteuropa gab es eben auch schon eine starke ukrainische Community in der Stadt (2019 waren UkrainerInnen nach Staatsangehörigen der Russischen Föderation, Syriens, Polens, Rumäniens und Vietnams die sechstgrößte Migrantengruppe mit 3.450 BürgerInnen); es waren vor allem diese ukrainischen Studierenden, Arbeitsmigranten, PartnerIn-

nen von Deutschen oder zum größten Teil längst eingebürgerte, ehemalige jüdische Kontingentflüchtlinge, die unmittelbar nach Kriegsausbruch Familienangehörige, Freunde und Bekannte zu sich holten bzw. bei sich aufnahmen, als erste am Bahnhof standen, die in Sonderzügen ankommenden Menschen mit Heißgetränken und Lunchpaketen, mit Medikamenten und Tiernahrung und oftmals auch mit Übernachtungsplätzen versorgten: Ein Telegram-Netzwerk »Leipzig helps Ukraine!« war quasi unmittelbar nach dem Kriegsausbruch entstanden, es gab ein Ukrainehilfetelefon der Stadt, an dem Menschen noch von polnischen Bahnhöfen oder Zügen aus anriefen, um Unterkunft oder ihre Weiterreise zu organisieren. Nachdem in den ersten Tagen hunderte Menschen privat untergebracht wurden, mietete die Stadt zu dieser Jahreszeit noch leere Hotels an, begann mit der Registrierung der Flüchtlinge: anfangs standen die Frauen stundenlang in der Kälte vor dem Neuen Rathaus, wurden wieder von Freiwilligen, später von der gegenüberliegenden Propsteikirche mit warmen Getränken und Suppe versorgt. Viele Geflüchtete hatten kein Geld verfügbar, keine SIM-Karten, und waren in einem Schockzustand; sie hatten Bombardierungen und Beschuss erlebt, hatten keinen Kontakt zu ihren, zu Hause gebliebenen Angehörigen oder große Angst um diese...

Eine unserer Vereinsgründerinnen, Gesine Oltmanns, rief mich an, ob wir nicht so einen psychologischen Krisendienst wie auf dem Maidan auch in Leipzig auf die Beine stellen könnten; zufällig hatte Alina Artamina, Vorstandsmitglied, die selbst in Kiew vom russischen Angriff überrascht worden war, in ihrer Leipziger Wohnung eine Freundin aufgenommen, Svitlana Tshernykh, die Psychologin war und wie sich beim ersten Gespräch herausstellte, nicht nur Erfahrungen mit Traumatherapie und Krisenintervention, sondern auch mit Personal- und Organisationsentwicklung hatte. Sie suchte über den Telegram-Kanal nach anderen ukrainischen Psychologinnen, die in Leipzig gelandet waren, traf sie, wählte aus Ihnen nach gemeinsam vereinbarten Kriterien (Therapeutische Ausbildung und Erfahrung, möglichst in den Bereichen Traumatherapie/Krisenintervention) aus – Mitte März trafen wir uns mit vier (später sechs) ukrainischen Kolleginnen das erste Mal in den Räumen der Denkmalwerkstatt der Stiftung Friedliche Revolution und erarbeiteten ein vorläufiges Konzept für den psychosozialen Dienst: Gleichzeitig machte ich sie mit bestehenden Hilfestrukturen der Stadt bekannt, da ich von Anfang an auch mit dem Psychiatriekoordinator der Stadt und dem Leiter des Verbundes

gemeindenaher Psychiatrie im Gespräch war, um die Überleitung von Menschen mit medizinisch-psychiatrischen Hilfebedarf in städtische bzw. stationäre Strukturen zu sichern.

Die ersten offenen Gruppen starteten Anfang Mai 2022 – in den Räumen des zum Ukraine-Hilfezentrum umgewidmeten Stadtbüros; bekanntgemacht hatten wir den Treffpunkt über die sozialen Medien und Aushänge in den schon bestehenden Anlaufpunkten für UkrainerInnen, beim ersten Mal erschienen acht bis zwölf, später weit über 20 Personen, die zunächst einmal nur reden und ihre Erfahrungen austauschen wollten, während die Psychologinnen einen sehr niedrigschwelligen Input zum Umgang mit Stress, Schlafstörungen und Ängsten boten und die Gespräche moderierten. Viele brachten ihre Kinder mit, die sie sonst nirgendwo unterbringen konnten. Es gab aber auch stärker belastete Frauen, die bereits in der Vorstellungsrunde in Tränen ausbrachen: an eine erinnere ich mich, die sich noch als Marina aus »M...« vorstellen wollte: Mariupol brachte sie nicht mehr über die Lippen, die Stadt war zu diesem Zeitpunkt schon völlig zerstört, von ihren Angehörigen und Freunden hatte sie seit Wochen nichts gehört.

Wir hatten den offenen, modern ausgestatteten, von außen einsehbaren, zentral gelegenen Raum als ersten Treffpunkt ausgewählt, relativ schnell gab es aber eine geschlossene Gruppe von Frauen mit Therapiebedarf, für die wir von der Nikolai-kirchgemeinde Gemeinde-Räume zur Verfügung gestellt bekamen, die geschützt waren und wo bald nicht nur therapeutische Frauen-Gruppen, sondern auch Gruppenangebote für Jugendliche/Junge Erwachsene (17-23) und für Teenager (13-18) stattfanden. Zeitweise (im Herbst/Winter 2022/23) fanden parallel fünf Gruppen statt und es gab auch Einzelangebote zur Krisenintervention/Stabilisierung, die wir aber auf maximal zehn Termine begrenzt hatten.

Die Psychologinnen arbeiteten die ersten Monate ehrenamtlich mit einer geringfügigen Aufwandsentschädigung aus Spendenmitteln des Europa Maidan e.V., ab 1.7. 2023 konnten wir mithilfe des Psychiatriekoordinators Minijobs à zehn Stunden pro Woche für zu diesem Zeitpunkt noch vier Frauen schaffen, die bis Dezember 2022 beim Mosaik Leipzig e.V., dem Psychosozialen Zentrum für Migrant\*innen angebunden waren. De facto arbeiteten die Frauen aber unabhängig und eigenverantwortlich, fachliche und organisatorische Probleme besprachen sie im Wesentlichen mit mir bzw. untereinander. Wir banden sie auch

in Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit des Vereins ein: z.B. stellte Svitlana Tshernykh ihre Arbeit im Rahmen des Friedensgebetes am 9. Oktober 2023 vor, bei dem Irina Sherbakowa von der russischen, gerade mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten, in Russland inzwischen verbotenen Organisation Memorial die »Rede zur Demokratie« in Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Sächsischen Ministerpräsidenten hielt. Aber auch beispielsweise bei einem bundesweiten Treffen von Friedensgebetsgruppen in Leipzig und bei einer Internationalen Psychologie-Tagung in Zwickau.

Nach der ersten unmittelbaren Krisenintervention und Stabilisierung im Frühjahr/Sommer 2022, verschoben sich allmählich die Themen: Bleiben oder Zurückkehren? Klarkommen mit deutschem Behördenschwung und zunehmenden bürokratischen Anforderungen; Wohnungssuche, Probleme mit den Kindern bzw. mit deren neuen Schulen/Kitas, aber auch die nun schon lange Trennung von Partnern, Söhnen, Eltern nahmen zunehmend mehr Platz in den Gruppengesprächen ein. Für Jugendliche und junge Erwachsene, die erhebliche Orientierungs- und Identitätsprobleme in der neuen Situation hatten, wurden eigene Gruppen gebildet – die Organisationsformen entwickelten sich aus den Bedarfen.

Ab Januar 2023 waren die Minijobs-Stellen nicht mehr am Mosaik Leipzig e.V. angebunden, da dort die Geschäftsführung wechselte. Wir haben aufgrund unserer Kontakte versucht, die Stellen bei der Migrationsberatung der Diakonie Leipzig anzugliedern, die direkt über den Gruppenräumen der Kirchgemeinde stattfindet; aber da wir keine Dauerfinanzierung mit entsprechendem Overhead anbieten konnten, wurde unser Anliegen vom Vorstand abgelehnt. Vorerst sind die Stellen bei einem kleinen, sehr selbstbestimmten Träger, einer Psychiatriebetroffeneninitiative angebunden, die viel Erfahrungen mit Zuverdienst, prekären Jobs und nicht standardisierbaren Kompetenzen hat. Im März 2023 ging die erste Koordinatorin Svitlana Tshernykh nach Odessa zurück, das zu diesem Zeitpunkt relativ friedlich war (kurz danach begannen die Bombardierungen des Hafens und der Kornlager, inzwischen auch des Wohngebietes, in dem Svita mit ihren Kindern wohnt). Eine weitere Kollegin wurde krank bzw. war zu erschöpft, um weiter mit betroffenen Frauen arbeiten zu können, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur noch zwei Psychologinnen mit insgesamt vier Gruppen arbeiten: Neu hinzugekommen ist eine Gruppe mit ukrainischen Müttern, die Babies bzw. Kleinkin-

der haben, die z.T. nun schon in Leipzig geboren wurden; so wie der zweite Sohn einer unserer Psychologinnen. Tatsächlich ist eine der Besonderheiten – und psychologisch gesehen – auch Schwierigkeiten unserer Arbeit, dass die ukrainischen Psychologinnen in derselben Situation waren bzw. sind, wie viele Ihrer Klientinnen; geflüchtet, unter Zurücklassen wichtiger Menschen, Trennung von Partnern, Verlust von Eigentum und Qualifikation, Situation als plötzlich Alleinerziehende, Probleme in einem anders organisierten System, permanente Anforderungen von Wohnungssuche, Gesundheitsversorgung, Ausländerbehörde, Jobcenter, Deutschkursen.... Die sehr tatkräftigen, und aus der Ukraine durchaus krisentrainierten Frauen sind den bürokratischen Anforderungen des deutschen Sozialsystems und dessen teils auch für Deutsche unverständlichen Formulare und Regeln nicht immer gewachsen. Andererseits erarbeiten sie sich darin auch Kenntnisse, die den meisten deutschen Mittelschicht-Psychologinnen fehlen, und vereinen inzwischen psychologische und sozialarbeiterische Kompetenzen in einer Person.

Zum Zeitpunkt der Tagung war die Weiterfinanzierung der Minijobs nach März 2023 nicht gesichert, inzwischen ist es uns gelungen, auch für dieses Jahr 2024 nochmals eine Finanzierung der Stellen über den – inzwischen ausgelaufenen – Ukraine-Hilfsfond der Stadt zu bekommen. Wichtig dafür war die Unterstützung der relevanten Stadtratsfraktionen. Das Weiterbestehen der Hilfsangebote beruht am Ende auf einem Netzwerk von Unterstützer\*innen innerhalb und außerhalb unseres Vereins. Die ukrainische Gemeinde, die Nikolaikirchgemeinde, die Stiftung Friedliche Revolution, das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, der Durchblick e.V., die Evangelische Akademie, städtische Strukturen gehören dazu – oft über sehr engagierte und empathische Einzelpersonen.

In Zukunft wird es weiterhin eine inzwischen sehr gewachsene ukrainische Community in unserer Stadt geben – anlässlich des Jahrestages des Kriegsbeginns sprach der Oberbürgermeister, Burkhard Jung, von 12.000 Menschen aus der Ukraine, die inzwischen in Leipzig leben. Der Markt vor dem Alten Rathaus war gefüllt von Menschen mit blau-gelben Fahnen oder in bestickten Blusen, darunter viele Kinder und Jugendliche. Auch die Jugendlichen aus unseren Gruppen waren gemeinsam dort.

Schon letztes Jahr hat sich in Zusammenarbeit mit einer ukrainischen Autorin ein neuer Aspekt

unserer Vereinsarbeit entwickelt: In der Stadtbibliothek wurde eine ukrainische Bibliothek, mit vielen Kinder- und Jugendbüchern eröffnet, ergänzend dazu hat Khrystina Kozłowska eine Gesprächsreihe mit ukrainischen Autoren und Künstlerinnen organisiert. Im Februar haben wir im Zeitgeschichtlichen Forum eine Veranstaltung zu »Ukrainischer Literatur im Exil« – mit Khrystina und der inzwischen in Leipzig lehrenden Literaturprofessorin Anna Gaidash durchgeführt und während der Buchmesse eine Lesung mit der ukrainischen Autorin Olena Sachartshenko, deren Buch »Kämpferinnen« über die Frauen auf dem Maidan kurz zuvor erschienen war. Auch Kultur ist eine wichtige Form der psychosozialen Unterstützung für die Ukrainerinnen in Leipzig.

Was die psychologischen Unterstützungsangebote für Ukrainerinnen in Leipzig angeht, suchen wir nach Möglichkeiten, die Psychologinnen mit Ihren Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen in angemessene Arbeitsplätze in den Regelstrukturen der Stadt zu bringen. Muttersprachliche psychosoziale Beratung, Berufsorientierung, Stressbewältigung, Ehe- und Familien- oder Erziehungsberatung in Ukrainisch wird bei 12.000 Ukrainerinnen in Leipzig wohl an vielen Stellen gebraucht: Im Grunde müssten in allen Ämtern der Stadt, aber auch in Unternehmen, die viele Ukrainerinnen beschäftigen, muttersprachliche Ansprechpartner da sein. Die formalen Hürden dafür sind – wie bei anderen Migrantengruppen auch – viel zu hoch: Die Berufsankennung, geforderte Deutschkenntnisse und die Annahme, qualifizierte Personen unterhalb ihrer Qualifizierung billiger beschäftigen zu können, sind z.T. unüberwindbare Hürden

Immer wieder kommen Krisenanfragen an unseren Verein, wenn plötzlich ein ukrainischer Patient in Gesundheitseinrichtungen psychologisch

nicht adäquat versorgt werden kann, wenn ein ehemaliger ukrainischer Soldat in die Psychose rutscht, wenn ukrainische Kinder in Obhut genommen wurden und niemand mit Ihnen reden kann, wenn es Konflikte im Schulsystem gibt oder bei Wohnfragen.... Für eine gelingende Integration der Ukrainerinnen braucht es aber stabile Strukturen und sichere Plätze, die Anerkennung dessen, was sie bereits erfahren und gelernt haben und die Anerkennung dessen, dass Sie Ihre ukrainische Identität bewahren wollen.

Nach dem Krieg – und wir hoffen und beten, dass dieses Nach dem Krieg nicht in allzu ferner Zukunft liegt – werden Menschen gebraucht, die die Kraft, Erfahrungen in der Überwindung schwieriger Situationen und die materiellen und kulturellen Ressourcen haben; das Land wieder aufzubauen. Dazu gehören unsere Psychologinnen, vielleicht aber auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die heute hier in Leipzig in ihre Gruppen kommen.

Als ich als Psychologiestudentin in der DDR zwangsweise zur Zivilverteidigung verpflichtet wurde, habe ich in Königswalde zum Ausgleich ein Seminar der christlichen Friedensbewegung besucht. Es hieß: Zivilverteidigung = Verteidigung des Zivilen. Zivilgesellschaftliches Engagement versucht die Ursachen von Krieg nicht zu verwischen, sondern verweist auf den Schaden, den der Krieg anrichtet, in der Ukraine, in Russland, das immer totalitärer wird, in den Seelen der Menschen, aber auch in einer Militarisierung des Denkens, Handelns und der Sprache. Menschen, die heute die Erfahrung von Unterstützung und Solidarität machen, werden sich hoffentlich auch mit anderen Menschen solidarisieren, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Und sie werden – früher oder später – den Krieg überwinden. **D**

## Zivilgesellschaftliche Unterstützung der Ukraine. Was tut Brot für die Welt?

Susanne Müller, Referentin für Osteuropa, Brot für die Welt

Ich bin froh, mit Pastor Hamburg und Prof. Mitzscherlich das Podium zu teilen, denen wir und unsere Partner wichtige Impulse zu verdanken haben.

Wenn wir über die Solidarität mit der Ukraine sprechen, dann möchte ich zuallererst den Spenderinnen und Spendern danken, die die Arbeit von Brot für die Welt (BfdW) in der Ukraine in dem jetzigen Umfang ermöglichen und damit ihre große Solidarität mit dem unprovokiert überfallenen Land zum Ausdruck gebracht haben.

Unser Beitrag als BfdW und Teil der deutschen Zivilgesellschaft besteht darin, mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnern in der Ukraine – und in den Ländern der Region, die Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen haben – die Spenden so effektiv und effizient wie möglich einzusetzen, um die Menschen zu erreichen, die am stärksten unter den Folgen des Krieges zu leiden haben. Unsere Partner vor Ort wissen am besten, wer welche Hilfe und Unterstützung braucht und wie sie am besten umgesetzt werden kann. Diese Umsetzung ermöglichen wir mit den Spendengeldern.

### Unsere Partner:

In der Ukraine arbeiten wir zurzeit mit zehn kirchlichen und nicht-kirchlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, die schon 2014 ihre Projektarbeit nach dem Ausbruch der Kämpfe im Donbas auf die neue Situation ausgerichtet hatten. Anders als 2014 sind unsere Partner seit Februar 2022 unmittelbar selbst vom Krieg betroffen. Praktisch alle Partner, die in Kyiv, Odessa, Charkiv, Tscherkassy und oder auch Mariupol ansässig waren, sind zunächst selbst auf die Flucht gegangen – die große Mehrheit innerhalb des Landes, nur wenige sind ins Ausland geflohen. Dennoch haben alle binnen kurzer Zeit ihre Arbeit wieder aufgenommen (nicht zuletzt auch dank der Erfahrung während der Pandemie, in der digitale und dezentrale Arbeitsstrukturen aufgebaut wurden). Darüber hinaus haben alle sofort angeboten, zusätzlich zu ihrer Projektarbeit, humanitäre Hilfe zu leisten und das auch mehrheitlich getan. Inzwischen sind die meisten wieder zurückgekehrt (natürlich mit Ausnahme der Partner aus Mariupol).

In Armenien, Georgien, Litauen, Polen, Rumänien und Tschechien unterstützen wir zurzeit elf Partner, die sich für die Unterstützung und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine engagieren. Sie alle sind seit langem Partner von BfdW, die sich in Friedenszeiten für ganz unterschiedliche Themen engagieren und kurz nach Kriegsausbruch in die Hilfe für Geflüchtete eingestiegen sind.

### Themen unserer Partner:

Was tun unsere Partner? Die große Überschrift, die die meisten der Projekte beschreibt, lautet: Psychosoziale Unterstützung und Stärkung der Resilienz von Menschen, die besonders stark von den Folgen des Krieges betroffen sind. (*Resilienz meint hier die Fähigkeit von Personen oder Gemeinschaften, schwierige Lebenssituationen wie Krisen oder Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu überstehen.*)

Besonders verletzlich und stark betroffen sind seit 2014 ebenso wie seit 2022 vor allem Menschen auf der Flucht – innerhalb der Ukraine und außerhalb der Ukraine. Besonders stark betroffen sind Frauen, auch hier wieder besonders Frauen auf der Flucht. Sexualisierte Gewalt hat seit zehn Jahren kontinuierlich zugenommen. Sie wird von Russland als Kriegswaffe in den besetzten Gebieten eingesetzt, aber sie hat auch innerhalb der ukrainischen Gesellschaft massiv zugenommen – in Form von häuslicher Gewalt, in Form von Übergriffen in Schutzräumen oder an Orten, an denen geflüchtete Frauen Aufnahme gefunden haben. Besonders verletzlich sind Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Nach zwei Jahren Krieg ist aber im Grunde die gesamte Bevölkerung betroffen und mehr oder weniger traumatisiert (jede Familie ist von Verlust, Flucht oder den willkürlichen Bombenangriffen betroffen, die immer und überall im Land einsetzen können. Die gesamte Bevölkerung ist im Dauerstress.

Was tun unsere Partner? Ich will und kann an dieser Stelle nicht alles aufzählen und darstellen, will aber ein paar Maßnahmen und Projekte beispielhaft nennen: Ein wichtiges Thema – und hier kann ich endlich anknüpfen an meine beiden Vorredner\*innen – ist die Arbeit mit traumatisier-

ten Menschen – wir verdanken es sowohl Pastor Hamburg als auch Prof. Mitzscherlich, dass zwei unserer Partner hier wichtige Pionierarbeit geleistet haben. Es war die kleine Diakoniestation der DELKU in Odessa, die uns 2014, nachdem die Kämpfe im Donbass begonnen hatten, sagte, dass unbedingt Angebote für traumatisierte Menschen geschaffen werden müssten. Der Bedarf sei riesig. Und es war die Initiative von Frau Mitzscherlich, die uns mit der aus den Ereignissen des Majdan hervorgegangenen Organisation Mental Health Service (MHS) (damals »Ukrainian Society of Overcoming the Consequences of Traumatic Events«), zusammengebracht hat. Beide Organisationen sind zu wichtigen Akteuren der Traumatherapie geworden, haben je ein Netzwerk von Psycho-Therapeut:innen aufgebaut, die sich zum Thema Trauma-Arbeit fortgebildet und darauf spezialisiert haben. Beide Partner haben bieten abgestufte Interventionen an – von der Erstberatung über eine Hotline, über niedrigschwellige Gesprächsformate, therapeutische Maßnahmen und spezialisierte Traumatherapie für Einzelpersonen und Familien; Vernetzung, Fortbildungen und Supervision für die Therapeut\*innen sind Teil des Programms.

Ein weiteres wichtiges Thema – ich habe es eingangs schon erwähnt – ist die massive Gewalt gegen Frauen und Kinder und das Risiko, Opfer von Menschenhandel zu werden – vor allem in der Situation von Flucht. Unser Partner La Strada unterhält zwei Krisenhotlines – eine für Erwachsene (Frauen), eine für Kinder, die rund um die Uhr und sieben Tage die Woche erreichbar ist. Die Frauen der Hotline bieten Beratung in akuten Notfällen, informieren, wo weitere Hilfe zu bekommen ist und vermitteln ggf. in ein Netzwerk aus spezialisierten sozialen, therapeutischen oder juristischen Diensten. Ein landesweites Netzwerk von Trainer\*innen, die hauptberuflich in Bildungs- und sozialen Einrichtungen oder lokalen Verwaltungen arbeiten, sensibilisieren für das Thema – befähigen Menschen sich vor Gewalt selbst besser zu schützen, das Risiko von Menschenhandel zu erkennen, zeigen Wege zur Hilfe und Selbsthilfe auf, oder sensibilisieren dafür, Opfer von Gewalt zu erkennen und ihnen zu helfen.

Über ein ähnliches Prinzip arbeiten unsere Partner auch zu anderen Themen – über landesweite Netzwerke von Trainer\*innen und Mediator\*innen – werden in Gemeinden, die intern Vertriebene aufgenommen haben – Konflikte zwischen Geflüchteten und der aufnehmenden Bevölkerung bearbeitet, bzw. die Menschen vor Ort werden befähigt, Konflikte zu erkennen,

mäßigend zu wirken, zu schlichten, oder vorbeugend zu vermeiden. In einem anderen Projekt wird mit Jugendlichen und ihren Familien Risiko-Verhalten trainiert.

### Wiederaufbau

Obwohl ein Ende des Krieges noch lange nicht absehbar ist, befasst sich die Zivilgesellschaft mit dem Thema Wiederaufbau. Das hat mehrere wichtige Gründe – zum einen ist es wichtig, schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, den Wiederaufbau-Prozess an den Interessen und Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die Menschen diesen Prozess selbst mitbestimmen können und dass er transparent (Stichwort Antikorruption), sozial- und ökologisch ausgerichtet gestaltet wird. Zum anderen ist das Thema zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, weil der Blick in eine positive Zukunft und das aktive Gestalten dieser Zukunft für die Moral und den Durchhaltewillen der erschöpften Menschen essentiell sind.

Und ein dritter wichtiger Aspekt: Aufgrund des verhängten Kriegsrechts sind demokratische Errungenschaften (wie die Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Selbstverwaltung), die seit der 2014 aufgebaut wurden, teilweise außer Kraft gesetzt. Auch im Hinblick auf die europäische Integration ist es wichtig, diese lokalen Mit- und Selbstbestimmungsstrukturen wieder zu stärken. Das ist auch ein ganz wichtiger Aspekt unserer Solidarität als BfD – gegenüber unserer Regierung darauf zu pochen, dass künftige Hilfen für den Wiederaufbau an die Beteiligung der Zivilgesellschaft geknüpft werden. Wiederaufbau wird in allen Projekten mitgedacht.

### Staff Wellbeing

Und ein letzter Punkt: Nach zwei Jahren sind die engagierten Helfer\*innen physisch und psychisch erschöpft – weil die Menschen weit über das übliche Maß hinaus sich als Helfende engagieren, weil sie zermüht sind von den ständigen Angriffen und weil sie inzwischen realisieren, dass dieser Krieg noch sehr lange dauern kann.

Deshalb wird die Hilfe für die Helfenden immer wichtiger – in allen Projekten haben wir deshalb nun auch Komponenten der psychosozialen Unterstützung für die Mitarbeitenden selbst, »Staff Wellbeing« – mit Erholungsmöglichkeiten an einem sicheren Ort integriert, aber es wird auch »Handwerkszeug« vermittelt, mit denen jede und jeder gut für sich selbst sorgen und dies auch an andere weiter vermitteln kann. 

## Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität Wort in den Tag

*Dr. Sebastian Kranich, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen*

Ich lese Worte aus dem 36. Kapitel des Prophetenbuchs Ezechiel:

»Und du, Menschenkind, weissage: So spricht Gott der HERR: Weil der Feind über euch frohlockt: ›Ha, die ewigen Höhen sind nun unser Besitz geworden!«, darum weissage und sprich: Weil man euch allenthalben verwüstet und vertilgt und ihr zum Besitz geworden und übel ins Gerede der Leute gekommen seid, darum spricht Gott der HERR zu den Bergen und Hügeln, zu den Bächen und Tälern, zu den öden Trümmern und verlassenen Städten: Wahrlich, ich habe in meinem feurigen Eifer geredet gegen die, die mein Land in Besitz genommen haben mit Freude von ganzem Herzen und mit Hohnlachen, um es zu verheeren und zu plündern.«

Welcher Film läuft bei Ihnen, bei uns da gerade ab – bei diesen uralten Worten – einst gemünzt auf das Volk Israel? Welche Gefühle und welche Bilder steigen in uns jetzt auf?

Wie ging es uns damit vor zwei Jahren, wie vor einem Jahr – und wie geht es uns heute damit? Ist da noch etwas zu spüren von dem feurigen Eifer, mit dem der Herr bei Ezechiel gegen die Untäter redet?

Ein Gedicht aus dem März 2021 trägt die Überschrift »Verbrannte Erde«:

*Ein Feuer verbrennt den Kriegswinter / zur weißen  
Rauchsäule / übergehend ins Himmelsblau, / die  
schmerzenden Wunden der Buchen / steigen  
empor! //*

*So werde ich folgen. / So wünsch' ich, / dass das  
Böse immer kleiner werde / und im Feuer verreckt!*

Im Prophetenbuch Ezechiel will der Herr selbst dem Bösen seine Grenze setzen. Der Prophet wird aufgefordert das Folgende zu verkünden:

»Siehe, ich rede in meinem Eifer und Grimm, weil ihr solche Schmach tragen musstet. Ich hebe meine Hand auf zum Schwur: Wahrlich, eure Nachbarn, die Völker ringsumher, sie selbst müssen ihre Schande tragen. Aber ihr Berge Israels sollt wieder grünen und eure Frucht bringen meinem Volk, denn bald sollen sie heimkehren. Und ich will viele Menschen auf euch wohnen lassen, und die Städte sollen wieder bewohnt und die Trümmer aufgebaut werden.«

Amen



# Großrussische Ideologie und Ihre Facetten: Regional, Global, Transzendent

*Dr. Oleksandr Zabirko, Institut für Slawistik, Lehrstuhl für Slawische Literatur- und Kulturwissenschaft, Universität Regensburg*

## Ideologie der Versatzstücke

Bei der Analyse der gegenwärtigen russischen Großmachtvisionen muss man gleich zu Beginn eine wichtige Einschränkung machen: Anders als in der Sowjetunion mit ihrer staatstragenden Doktrin des Marxismus-Leninismus verfügt die heutige Russische Föderation eigentlich über keine offizielle Ideologie. Mehr noch: Die aktuelle russische Verfassung verbietet eine staatlich verordnete Ideologie und bekennt sich zur politischen Vielfalt und zum ideologischen Pluralismus. Doch die ausufernde imperialistische Rhetorik des Kremls, die seit den frühen 2000er Jahren immer lauter und deutlicher wurde, lässt sich auf einige zentrale Kernelemente festlegen, die zusammengenommen eine Art Ersatzideologie ergeben. Diese operiert vorrangig mit emotional aufgeladenen Symbolen und ist eklektisch und widersprüchlich, aber gerade hier liegt ihr Schlüssel zum Erfolg. Als Ideologie der Versatzstücke vermag sie die größten Widersprüche zu tolerieren: Antifaschismus zu predigen, aber ultrarechte Parteien im Ausland zu unterstützen; die Heimatliebe zu beschwören, aber Milliarden ins Ausland zu transferieren. Die Kunst der neueren russischen Ideologiebildung erwies sich in jüngster Vergangenheit in erster Linie als eine Kunst des Bricolage – als Technik der willkürlichen Verbindung einzelner Elemente, die anscheinend gar nicht zueinander gehören: die Stalinporträts und die Bilder des Zaren, die Banner der Sowjetunion und die orthodoxen Kreuzfixe.

Mancherorts wird diese großrussische Ideologie buchstäblich in Stein gemeißelt. Etwa in der seit 2014 von Russland besetzten ukrainischen Stadt Luhansk, wo die Okkupationsverwaltung im Zentrum der Stadt eine massive Steinplatte mit einem seltsam anmutenden Wappenzeichen aufstellen ließ. Sowohl der rote Stern an der Spitze als auch die von roten Bändern und Weizenähren umrahmte, aufgehende Sonne ähneln unmissverständlich dem Staatswappen der Sowjetunion; in der Mitte des Emblems findet sich jedoch nicht die typisch sowjetische Kombination aus Hammer und Sichel über einer Erdkugel wieder, sondern der russische Doppeladler, im Besitz von Zarenkrone, Reichszepter und Reichsapfel. Diese eigen-

tümliche Kombination aus sowjetischen und russisch-zaristischen Symbolen findet ihren Höhepunkt in den Zeilen eines Gedichts, das der Feder des russischen Dichters Leonid Kornilov entstammt und unterhalb des Wappens eingraviert ist: »Vor den Augen der Welt wächst die entzweite russische Ebene wieder zusammen. Es ist das Schicksal Russlands, sich als eurasischer Riese zu erheben.« (russ. Original: Расколота́я ру́сская равнина срastaется у́ мира на́ виду. Подня́ться евразийским исполином начертано Росси́и на́ роду«). Platziert in einer de jure ukrainischen Stadt strotzt dieses Denkmal geradezu vor geopolitischer Symbolkraft.

## Eurasismus

Der Verweis auf Eurasien hat dabei keine rein geographischen, sondern vor allem ideologische Implikationen und weist auf die sogenannte »eurasische Doktrin« bzw. Eurasismus hin. Von russischen Exilautoren Anfang der 1920er Jahre erstmals formuliert, avancierte der Eurasismus in der Zwischenkriegszeit schnell zur wichtigsten Denkströmung in der russischen Diaspora. Die Eurasierbewegung, initiiert durch die Publikation eines 1921 von dem Sprachwissenschaftler Nikolaj Trubetzkoi erstellten Sammelbandes unter dem Titel »Ausweg nach Osten«, zog bis Mitte der 1930er Jahre viele renommierte russische Denker in ihren Bann. Von den gemeinsamen Exilerfahrungen ausgehend versuchten die russischen Emigranten die Katastrophe von 1917 und den Fall der Monarchie neu zu deuten und produktiv zu verarbeiten.

Die Revolution und die Errichtung der kommunistischen Diktatur werden in diesem Kontext als dramatische Folgen der Westorientierung der russischen intellektuellen Elite gedeutet und zugleich zu einer nationalen Katastrophe erklärt, die eine Rezeption der aus dem Westen stammenden, aufklärerisch-materialistischen Ideen erst möglich gemacht habe. Die revolutionäre Situation als solche und die Begeisterung der Massen für die bolschewistische Ideologie werden aber vor allem als Reaktion des Volkes auf die Europäisierung und Entfremdung der Elite verstanden, sodass die Revolution neben ihrer unmittelbaren politischen

Bedeutsamkeit auch symbolisch interpretiert wird, nämlich als logisches und historisch unvermeidliches Abdriften Russlands aus dem Einflussbereich der fremden europäischen Zivilisation. Diese Auffassung führte die Eurasier dazu, im Bolschewismus für die russische Nation nur das geringere Übel im Vergleich zum zersetzenden Einfluss des europäischen Liberalismus zu sehen. Die kommunistische Ideologie sollte sich unter dem Einfluss der russischen Nationalkultur und ihrer traditionellen Werteorientierung zu einem national-konservativen Modell weiterentwickeln.

Das politische Herzstück der Ideologie der Eurasier war die Bewahrung der Einheit eines metaphysischen bzw. transzendenten russischen Staates. Dieser Staat, so die Eurasier, könne unterschiedliche politische und ideologische Ausdrucksformen annehmen und somit etwa in Gestalt des russischen Zarenreiches, der UdSSR oder eines utopischen eurasischen Völkerbundes realisiert werden. Unabhängig von der konkreten politischen Ausprägung spielt die Idee der staatlichen Einheit sowie des politischen Zusammenhalts des riesigen »eurasischen« Raums in allen Konzeptionen eine zentrale Rolle.<sup>1</sup> Hier lautet ihre weitergehende Annahme, dass sich die Eigenart jeder Kultur nicht zuletzt an der jeweiligen Spezifik des Territoriums bemesse. Dabei geht es nicht nur um die natur- und landschaftsbedingten Formen des Wirtschaftens und des sozialen Lebens, sondern vielmehr um das psychologische »Empfinden« des Territoriums, welches wiederum als entscheidendes Merkmal für die Entstehung von verschiedenen Kulturtypen proklamiert wird.<sup>2</sup> So unterscheiden die Eurasier zwischen dem »Empfinden des Meeres« und dem »Empfinden des Kontinents«, die jeweils als »westeuropäisch« bzw. »mongolisch« markiert und in eine adversative Position zueinander gebracht werden. Im russischen Drang nach Sibirien diagnostizierten sie das gleiche »kontinentale Empfinden« und den »gleichen Geist« wie bei den Mongolen des Mittelalters.

Nicht zuletzt wegen unterschiedlicher Haltungen zur Entwicklung in Sowjetrussland zerfiel die eurasische Bewegung in den 1930er Jahren, und die Periodika sowie wissenschaftlichen Publikationen verschwanden allmählich. Die Aufgabe der Versöhnung zwischen dem »roten« (kommunistischen) und dem »weißen« (traditionalistisch-religiösen) Russland wurde jedoch auf die 1990er Jahre verschoben. Der Zeitpunkt, an dem die Eurasier-Ideologie wieder im geistigen Leben Russlands auftauchte, ist nicht zufällig. Der Übergang Russlands zu einer neuen politischen Ord-

nung wurde in den Jahren 1991/1992 von einem schnellen Verlust dessen begleitet, was die Hauptfunktion der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) war: Russland hörte auf, Kern der Sowjetunion und somit des alten Imperiums zu sein. Motive wie Verlust der Größe, Verlust der geistigen Mission und der weltumspannenden Aufgaben waren nicht nur für erzkonservative Denker charakteristisch, sondern auch für viele frühere Dissidenten.

In Kreisen der intellektuellen Neuen Rechten wurden diese Ideen zielstrebig den neuen politischen Bedingungen angepasst und zu einer imperialistischen Ideologie weiterentwickelt, die das Legitimitätsvakuum nach dem Verlust der kommunistischen Ideologie ausfüllen sollte. In dieser modernen Variante ist der »Eurasismus« zu einer ideologischen Antriebskraft geworden, die nationalistische und kommunistische Gruppierungen gleichermaßen stimuliert und vereint. Zur Galionsfigur des neuen russischen Eurasismus avancierte bereits in den 1990er Jahren Aleksandr Dugin.

### **Novorossija**

Mit der Intervention auf der Krim und später im ostukrainischen Donbass im Jahre 2014 hat die Idee der imperialen Revanche ihre realpolitische Grundlage erhalten. In seiner Rede vom 18. März 2014 (anlässlich der Krim-Annexion) führt Putin den geohistorischen Begriff Novorossija [dt. Neurussland] ins Feld, der einige Regionen der Ukraine zur historisch angestammten Provinz Russlands macht.<sup>3</sup> Novorossija ist eigentlich eine historische russische Bezeichnung für die Steppengebiete nördlich des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres, die in der Mitte bzw. am Ende des 18. Jahrhunderts nach einer Reihe militärischen Kampagnen gegen das Osmanische Reich dem Russischen Imperium eingeordnet wurden. Der Name Novorossija, zu Deutsch Neurussland, wurde dabei programmatisch gewählt und implizierte die semantische Nähe zu den ähnlichen imperialen Konstrukten wie Nueva España oder New England, allerdings geriet dieser Begriff bereits im 19. Jahrhundert (nach dem aus russischer Sicht verlorenen Krim-Krieg von 1853-1856) in die Vergessenheit. Im Jahre 2014 aber wird er aber wieder zur Parole eines Kampfes um neue politische Realitäten und dient zur militärischen Ermächtigung. Doch die Idee von Neurussland bedeutet nicht nur die territoriale Ausdehnung des russischen Staates, vielmehr ist Neurussland in diesem Diskurs ein »archimedischer Punkt«, der vor allem die tiefgreifenden politischen Veränderungen im russischen »Stammland«

ermöglichen soll. Aleksandr Dugin formulierte diese Idee folgendermaßen: »Mit der Befreiung Neurusslands von der Kiever Junta werden die russischen Helden auch Russland selbst von der Oligarchie, dem westlichen Einfluss und dem moralischen Verfall befreien.«<sup>4</sup>

Während die erträumte nationale Renaissance Russlands sich nur zögerlich entfalten kann, wird das nationale »Wir« außerhalb der Landesgrenzen aufgespürt: Die russische Selbst-Rettung beginnt mit der Rettung der eigenen »Landsleute« im Ausland (vor allem in der Ukraine).

### **Russkij Mir**

In der Forschung wurde schon häufig behauptet, Russland sei national nicht konsolidiert, sein Nationaldiskurs sei vom Imperialen schlicht nicht zu unterscheiden – daraus erklärten sich viele seiner Probleme, insbesondere die mit seinen Nachbarn, die als »nahes Ausland« nicht wirklich »ausländisch« sind. Anders als in vielen anderen post-imperialen Staaten, wo es absolut normal ist; Plural-Wörter wie »English-speaking countries« oder »deutschsprachige Länder« zu verwenden, konnte sich in Russland ein in dieser Weise manifestiertes post-imperiales Verständnis der russischen Sprache und Kultur nur sehr begrenzt entwickeln. In den offiziellen Dokumenten der Russischen Föderation wird die russischsprachige Bevölkerung in anderen Staaten unter dem Begriff »Landsleute im Ausland« zusammengefasst, ungeachtet der Tatsache, dass diese »Landsleute« andere Staatsbürgerschaften haben. Der Begriff »Landsleute« wird dabei gesetzlich weit definiert: Es kann sich um ethnische Russen, Russischsprachige oder solche Personen handeln, die geistig, kulturell und rechtlich mit Russischen Föderation verbunden sind.

Diese autoritäre Identitätsbehauptung geht heute mit der Idee von *russkij mir* [dt. Russische Welt] einher, die etwa große Teile der Ukraine auf die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft festlegt, die sich politisch und wirtschaftlich an Russland orientiert.

Ursprünglich ist *russkij mir* ein Kulturkonzept, das sowohl die soziale Bindungskraft der russischen Sprache, Literatur und der russischen Orthodoxie als auch eine gemeinsame ostslawische Identität betont. Zu den Grundlagen dieser von Moskau geführten »Welt« gehört weiterhin der nicht hinterfragte sowjetische Mythos vom gemeinsamen »Sieg über den Faschismus« im »Großen Vaterländischen Krieg«.<sup>5</sup> In seiner ideologi-

sierten Form impliziert das Konzept *russkij mir* eine autoritäre Identitätszuschreibung und legt die Zugehörigkeit zu einer imaginären, globalen Gemeinschaft fest, die sich zwar außerhalb der russischen Staatsgrenzen befindet, aber sich außenpolitisch und außenwirtschaftlich an Russland orientiert.

Im allgemeinen Sprachgebrauch kann *russkij mir* sich sowohl auf die Welt russischsprachiger Menschen beziehen als auch auf die Welt all jener, die ein spezifisch »russisches« Geschichtsbewusstsein teilen. Oft kommt die Zugehörigkeit zur *russkij mir* schlicht durch die Unterstützung des heutigen russischen Staates und seiner Politik zum Ausdruck.

Die Mehrdeutigkeit des Konzepts *russkij mir* ist bereits sprachlich vorbestimmt und hängt im Wesentlichen mit der Semantik des Wortes »mir« zusammen. Dieses bedeutet im Russischen nicht nur »Frieden« oder »Welt«, sondern auch Gemeinschaft, speziell die traditionelle Bauerngemeinschaft. Allerdings kommt die Bedeutung »mir als Gemeinschaft« im heutigen aktiven Sprachgebrauch eigentlich selten vor, weil das Objekt, das es ursprünglich bezeichnete, nicht mehr existiert. Doch gerade dieser Archaismus wird seit Anfang der 2000er Jahre in der offiziellen Rhetorik des russischen Staates sehr intensiv verwendet, wie zum Beispiel in der Rede von Präsident Putin vor der Föderalversammlung im Jahre 2007:<sup>6</sup> »Die Grundlage des russischen geistigen Lebens bildet seit jeher die Idee von einem gemeinsamen »mir«, in dem die Menschen verschiedener Nationalitäten und Konfessionen ihren Platz haben.« Hier bedeutet das Wort »mir« offensichtlich eine Gemeinschaft bzw. ein Kollektiv.

Das bis dahin transnationale und translokale Konzept *russkij mir* erhielt unter Putin eine territoriale Dimension und wurde Teil der politischen Sprache. Die »Russische Welt« war in dieser neuen Lesart fest mit den geographischen Grenzen der ehemaligen Sowjetunion verbunden. Zwar blieb die semantische Ausrichtung von *russkij mir* dank dem inhärenten Weltbegriff nach wie vor global, aber als geopolitisches Instrument sollte er vor allem in Russlands »nahem Ausland« (d.h. in den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken) zum Einsatz kommen.

Mit der Verstaatlichung von *russkij mir* ging auch die Idee einher, dass Russland eine Fürsorge- und Schutzpflicht für russischsprachige Menschen überall in der Welt, insbesondere aber im »nahen Ausland« hat. Dies führte zur gezielten Instru-

mentalierung der R2P-Doktrin (Responsibility to Protect), welche Interventionen zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung legitimiert, da die »Wahrung von Menschenrechten« Vorrang vor territorialer Souveränität habe. Insbesondere in Bezug auf die beiden anderen ostslawischen Länder – die Ukraine und Belarus – implizierte diese Neuauflage der *russkij mir* einen territorialen Anspruch, der (von der kulturellen Rhetorik ausgehend) die beiden Staaten fest in der russischen geopolitischen Einflussosphäre verankern sollte. Seit 2014 versucht Russland diesen implizierten Anspruch mit militärischer Gewalt durchzusetzen.<sup>7</sup>

### Heilige Rus'

Ein wichtiges Spezifikum von *russkij mir*, das dieses Modell von den letzteren postimperialen Konstrukten unterscheidet, ist die historische Rolle der Kirche und der Religion bei der Entstehung und Propagierung dieses Konzeptes. Der russische Raum bzw. der Raum der »russischen Welt« ist in vielen seiner Manifestationen ein sakraler, christlicher Raum oder im engeren Sinne ein Raum russischer Orthodoxie. Der sakrale Charakter dieses Raums erschwert indes seine klare topographische Verortung; das Verständnis vom entgrenzten, transzendenten, heiligen Russland machte das Verhältnis zu realen politischen Projekten und zu den jeweiligen Staatsgrenzen oft problematisch.

Die äußerste Manifestation der religiös-imperialen Rhetorik findet man in der Formel von der »Heiligen Rus'« (russ. *svjataja Rus'*) – einem seltsamen und schwer fassbaren Beinamen für das moderne Russland. In die europäischen Sprachen wird diese Formel oft schlicht als »heiliges Russland« übersetzt (Holy Russia im Englischen oder Saint Russie im Französischen). Die Formel der Heiligen Rus' ist fest in den politischen und kulturellen Diskursen des Landes verankert, wo die Bandbreite ihrer Funktionen von einem Sammlungsmotto und einem Mittel zur Selbstidentifikation über ein religiöses und philosophisches Konzept bis hin zu einem literarischen Gemeinplatz reicht. Der Begriff Rus' deutet hier auf den frühmittelalterlichen Herrschaftsverband der Ostslawen (auch bekannt als Kiewer Rus) hin, der Begriff »heilige Rus« hat aber eine eigene Genealogie – ihre Wurzel findet man erst in der spätmittelalterlichen Folklore des Moskauer Zarenreichs.

In den folkloristischen Erzählungen hat das Konzept der »Heiligen Rus« keine eindeutigen geografischen oder ethnischen Grenzen, sondern veran-

schaulich vielmehr eine vormoderne, »kirchliche« Identität der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der wahren Gläubigen. Trotz der gelegentlichen Verweise auf Moskau bleibt das eigentliche Zentrum dieses metaphysischen Raums Palästina und die Stadt Jerusalem. Die Heilige Rus' ist also ein territoriales Konzept, das das Land des Heils mit seinen Ikonen, Heiligen, Märtyrern und dem gesamten christlichen Volk umfasst.

Doch im 19. Jahrhundert wird die Formel der Heiligen Rus' von den russischen Literaten radikal umgedeutet und weist fortan auf besondere Frömmigkeit, Gottesfurcht oder sogar Auserwähltheit des russischen Volkes hin. Der Dichter Fjodor Tjutschew hat diese »Gottesnähe« wie folgt zusammengefasst<sup>8</sup>:

*Diese ärmlichen Gesinde,  
diese kärglichen Gefilde  
sind das Heimatland des Duldens,  
sind das Heimatland der Russen! [...]*

*Kreuzgebeugt und schmerzlich leidend,  
hat dich, heimatliche Erde,  
einst als Knecht der Herr und Heiland  
leis durchwandert, still gesegnet.*

Der Fall der Monarchie und der nachfolgende Machtantritt der bolschewistischen Partei bedeuteten zunächst einen radikalen Bruch mit der bestehenden Tradition des religiösen Denkens.

Aber bereits in den 1930er Jahren werden die alten Paradigmen wieder aufgegriffen und radikal umgedeutet. Die UdSSR versteht sich zunehmend nicht nur als Träger der revolutionären Idee, sondern als eine Weltmacht mit ausgeprägtem Sendungsbewusstsein. Man denke hier nur an den Globus auf dem Wappen der Sowjetunion, während die erste Strophe der sowjetischen Hymne einen Bezug zur Rus' enthält: »Die Große Rus' hat auf ewig die unzerbrechliche Union der freien Republiken vereint«.

Als direkte Reaktion auf das Trauma der Auflösung der Sowjetunion bildete schließlich die Formel der Heiligen Rus' eine paradoxe Allianz mit den Ideen der kommunistischen Revanche sowie mit den revisionistischen Bestrebungen der russischen Nationalisten. Die bekannteste Antwort auf diesen Sachverhalt wird dem Archimandriten Lavrentij von Tschernigow (1868 - 1950) zugeschrieben, der oft mit den Worten zitiert wird:

Wie es unmöglich ist, die Heilige Dreifaltigkeit des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes zu trennen – sie sind der eine Gott –, so ist es [ebenso] unmöglich, Russland, die Ukraine und Belarus zu trennen – zusammen sind sie die Heilige Rus‘.

Hier haben wir die typische Kombination von religiöser und geopolitischer Rhetorik, die in einer oft zitierten, quasi sprichwörtlichen Aussage kulminiert: »Russland, die Ukraine und Belarus – zusammen sind sie die Heilige Rus‘.«<sup>9</sup>

### Russlands neue imperiale Ordnung: Raum und Zeit

Mit den Modellen Eurasiens, der russischen Welt (russkij mir) und der Heiligen Rus‘ verfügt der Kreml über eine jeweils regionale, globale und tranzendente Dimension des Imperiums. Doch dieses imaginäre Imperium hat nicht nur räumliche Dimensionen. Eine weitere symbolische Ressource, die in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielt, ist die Zeit. Während die sowjetische propagandistische »Erziehung« der Gesellschaft auf einer verkündeten utopischen Idee basierte, profitiert die Ideologie des gegenwärtigen russischen Regimes vom Abschied von dieser zukunftsorientierten Einstellung und bietet stattdessen den rückwärtsgewandten Konservatismus als eine neue zeitlose Utopie an.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Wiederkehr, Stefan (2007): *Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im post-sowjetischen Russland*. Köln: Böhlau, S. 50-175.

<sup>2</sup> Daran lässt sich unschwer die gedankliche Nähe des Eurasismus zu den Modellen »klassischer« Geopolitik der Zwischenkriegszeit erkennen, wie sie im Werk Halford Mackinders, Friedrich Ratzels, Karl Haushofers, Carl Schmitts und anderer formuliert worden sind.

<sup>3</sup> Zit. nach *Prezident Rossii [Präsident Russlands] (2014): Prjamaja linija s Vladimirom Putinyom [Direk-ter Draht zu Vladimir Putin]*, 17.04. 2014, abrufbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/20796> (20.03.2024).

<sup>4</sup> Die russische Fassung des Artikels von Aleksandr Dugin ist abrufbar unter: <https://rian.com.ua/view/20140519/349469436.html> (20.03.2024).

<sup>5</sup> Jilge, Wilfried (2014): *Die Ukraine aus Sicht der »Russkij Mir«*. In *Russland-Analysen*, Nr. 278, S. 2-5.

<sup>6</sup> *Prezident Rossii [Präsident Russlands] (2007): Poslanije Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii 26 aprelja 2007 goda [Rede zur Lage der Nation im Föderationsrat der Russischen Föderation vom 26 April 2007]*, abrufbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/?transcripts/24203> (20.03.2024).

<sup>7</sup> Mehr dazu in Zabirko, Oleksandr (2023): »Russkij mir: Vom kulturellen Konzept zur geopolitischen Ersatzideologie«, in: *Bundeszentrale für politische Bildung*, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/522375/russkij-mir/> (20.03.2024).

<sup>8</sup> Deutsche Übersetzung von Wolfgang E. Groeger.

<sup>9</sup> Mehr dazu in Zabirko, Oleksandr (2022): *The Concept of Holy Rus' in Russian Literary and Cultural Tradition: Between the Third Rome and the City of Kitezh*, in: *Entangled Religions*, Vol. 13, No. 8, [»Whose Presence, Whose Absences? Decolonising Russian National Culture and History: Observations through the Prism of Religious Contact«, ed. by Jesko Schmoller and Knut-Martin Stünkel ], <https://er.ceres.rub.de/index.php/ER/article/view/9964/9513> (20.03.2024).

## Rückblick auf den 5. Friedensethischen Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland und Einführung in die vorliegende Dokumentation »Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität«

*Kerstin Gralher, Leiterin der Evangelischen Akademie Villigst / Prof. Dr. Jörg Hübner, apl. Professor für Systematische Theologie und Sozialethik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen*

In der Beschäftigung mit dem russischen Angriffskrieg wurde bei allen bisherigen Studientagen der ukrainischen Perspektive viel Raum gegeben, um dem Unterwerfungs- und Vereinnahmungsnarrativ der russischen Seite substantiell entgegenzutreten, aber auch um den Betroffenen eine Stimme zu geben.

Bei der Veranstaltung einen Tag vor dem zweiten Jahrestages des massiven Angriffs auf die Ukraine wurde daher der Blick auf diverse zivilgesellschaftliche Unterstützungsformen gelenkt.

Pfarrer Andreas Hamburg, der selbst viele Jahre Pastor in der St. Pauls Kirche in Odessa war, berichtete anschaulich, unterlegt mit eigenen Fotos, von den Maidan-Protesten 2013/2014, an denen er beteiligt war und selbst durch die Staatsmacht drangsaliert wurde, welche Veränderung in der Gesellschaft von diesem gesellschaftspolitischen Aufstand ausging. Inzwischen ist er Friedensbeauftragter der Bremischen Landeskirche und in dieser Funktion ebenfalls aktiv bei der Unterstützung der Ukraine, insbesondere in Projekten für Kindergartenkinder, die in der Nähe der Front leben. Die Psychologin Prof. Dr. Beate Mitzscherlich, die in Zwickau lehrt, beschrieb sehr anschaulich, wie innerhalb kürzester Zeit in Zwickau nicht nur die Erstversorgung von geflohenen Ukrainern organisiert wurde – teils lebten diese monatelang bei privaten Gastgebern, sondern auch die psychosoziale Betreuung von Kriegstraumatisierten, geflüchteten Müttern mit Kindern, die ihre Männer in der Ukraine zurücklassen mussten und seelisch Verstörten zunächst ausschließlich privat aufgebaut wurde. Inzwischen sind Bereiche der Versorgung von kommunalen Trägern übernommen worden, aber es wurde sehr deutlich, wie essentiell die schnelle, unbürokratische und private Arbeit beim Aufbau einer Versorgungsstruktur war und ist. Abgerundet wurde dieser Teil durch die Präsentation unterschiedlicher Hilfsangebote von Brot für die Welt durch die Osteuropa-Referentin Susanne Müller.

Im zweiten Teil der Veranstaltung ging es um die ideologische Begründung dieses Krieges durch die russische Seite. Prof. Dr. Jörn Happel, Historiker an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, sprach über Putin als Geschichtslehrer. In den Jahren vor dem Krieg 2014/2022, vor allem aber nach dem Beginn der Totalinvasion Russlands in die Ukraine 2022 ist Putin zu einem Besessenen von der Geschichte geworden. Er kommentiert Karten und andere Quellen, um die Eigenständigkeit der Ukraine historisch in Abrede zu stellen. Er beschwört die Einigkeit der ostslavischen Völker unter russischer Führung. In seinem Vortrag ging Jörn Happel von einer Propagandakarte des Kremls aus, die die Ukraine als ein Territorium darstellt, das aus Schenkungen Russlands bestehe. Mit einem ausgeprägtem Oberlehrerton zeige Putin damit sein Verständnis von Geschichte. Dabei betone der Kreml-Herrscher, es gäbe eine Eindämmung Russlands und eine antirussische Politik des »kollektiven Westens«. Laut Happel sei die Rhetorik Putins von Anfang an äußerst gewaltvoll, immer wieder von Drohungen gegen seine Feinde durchdrungen. In Russlands Krieg gegen die Ukraine sieht der Hamburger Historiker ein Streben Putins, das geleitet von einer restaurativen Nostalgie die imperiale Vergangenheit Russlands wieder herstellen möchte.

Dr. Oleksandr Zabirko, der am Institut für Slawistik der Universität Regensburg unterrichtet, erläuterte anschließend sehr gut, wie die unterschiedlichen Ebenen der russischen Welt und Ideologie ineinandergreifen, um den imperialen Anspruch Russlands zu begründen. Begriffe wie heilige Rus', russkij mir, Novorossija und nicht zuletzt auch der postsowjetische Neo-Eurasismus wurden gegen die geopolitischen Gegebenheiten nach dem Zerfall der UdSSR sowie gegen Russlands demokratische Verfassungsordnung in Stellung gebracht. Zugleich aber verkörpern sie auch die unterschiedlichen räumlichen Ebenen des russisch-imperialen, autokratischen Sendungsbewusstseins: lokal (Novorossija), regional

(Eurasismus), global (russkij mir) und transzendent (heilige Rus’).

Sehr deutlich wurde durch diese Darstellungen, dass die vorgeschobene – und im Westen auch lange kolportierte – Argumentation, dass Russland sich nur gegen eine vorsätzliche Bedrängung und damit Bedrohung durch die NATO zu verteidigen sucht, haltlos ist.

Der nächste Studientag der Evangelischen Akademien Deutschlands wird sich mit der innerrussischen Opposition auseinandersetzen und findet am 28. Mai statt.

### **Grundsätzliche Stellungnahme zur Situation der Evangelischen Friedensethik**

Der Dokumentation zur 5. Friedensethischen Tagung der Evangelischen Akademien in Deutschland ist ein grundsätzlicher Beitrag zur aktuellen Diskussion um einen angemessenen friedensethischen Standpunkt angefügt, der vom ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Prof. Dr. Hein-

rich Bedford-Strohm stammt. In seiner aktuellen Rolle als Vorsitzender des Zentralausschusses des ÖRK nimmt er auch Stellung zur Diskussion innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen und fügt daraus schlussfolgernd drei Einsichten nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hinzu. Er plädiert aus ethischer Perspektive dafür, die Ukraine weiterhin zu ihrer Verteidigung mit Waffen zu beliefern, fordert jedoch mit Entschiedenheit dazu auf, sich nicht an einen Krieg zu gewöhnen und die bestehenden kirchlichen Kommunikationswege zwischen den Staaten und Regionen zu nutzen. Insbesondere fordert er aus ethischer Perspektive dazu auf, die Finanzierung entwicklungspolitischer Initiativen in Bezug auf eine ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung nicht zu vernachlässigen. »Schon allein, um zukünftigen gewaltsam ausgetragenen Konflikten präventiv zu begegnen, muss die Absurdität der Ressourcenverteilung zwischen Aufwendungen für Rüstung und Aufwendungen für menschliche Entwicklung von den Kirchen wieder und wieder thematisiert werden.« 

## Jahrgang 2023

29/23 – **»Vom Krieg zum Frieden«** (Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung, Erfurt, 24. bis 26. März 2023)  
60 Seiten / 5,30 €

30/23 – **Sterbehilfe (5)** Deutscher Bundestag: Debatte über Gesetzentwürfe zum assistierten Suizid am 6. Juli 2023/Entschließungsantrag »Suizidprävention stärken«; Stellungnahmen von Kirchen und Diakonie zur Bundestagsdebatte – 36 Seiten / 4,30 €

31/23 – **38. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)**  
Bibelarbeiten, Nürnberg, 7. bis 11. Juni 2023  
60 Seiten / 5,30 €

32/23 – **Schuldbekennnis der EKHN gegenüber queeren Menschen** 3. Tagung der 13. Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Frankfurt am Main, 27. bis 29. April 2023  
24 Seiten / 3,60 €

33/23 – **Klimapolitik und Ungleichheit – 12. Konferenz zur sozialen Spaltung** (Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg)  
40 Seiten / 4,30 €

34/23 – **Jahresempfang Foyer Kirche und Recht**  
Mit Festvorträgen von Kirchentags-Generalsekretärin Dr. Kristin Jahn und Prälat Dr. Karl Jüsten (Karlsruhe, 28. Juni 2023 und 19. Juli 2022) – 28 Seiten / 3,60 €

35/23 – **Unselige Kontinuitäten?! Historische Feindbildproduktion wahrnehmen, als Herausforderung protestantischer Geschichte annehmen und als postkoloniale Aufgabe aufnehmen** (Eine Kooperationsveranstaltung vom Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit, dem Christian Jensen Kolleg und der Evangelischen Akademie der Nordkirche, Breklum, 25. bis 27. Oktober 2022) – 60 Seiten / 5,30 €

36/23 – **Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt** (Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, 17. bis 19. März 2023)  
44 Seiten / 4,80 €

37/23 – **Christliche Signatur des zeitgenössischen Antisemitismus** (Fachtagung und öffentliche Podiumsveranstaltung der Evangelischen Akademie zu Berlin, 27. bis 29. Juni 2022) – 56 Seiten / 5,30 €

38/23 – **Kirchliche Baudenkmale – Kulturelles Erbe auf einem steinigem Weg in die Zukunft**  
Adalbert Schmidt (Ev.-luth. Landeskirche Hannovers) und Karl Schmiemann (Erzbistum Hamburg) – **Predigt zur Trauerfeier für Landesbischof i.R. Horst Hirschler** (Landesbischof Ralf Meister, 19. August 2023) – 20 Seiten / 2,80 €

39/23 – **2. Bericht zur Lage der Bibel in Deutschland und im deutschen Sprachraum – Schwerpunkt: »Bibelverbreitung«** (Dr. Christoph Rösel, Generalsekretär der Deutschen Bibelgesellschaft, Stuttgart, Mai 2023) – 24 Seiten / 3,60 €

40/23 – **38. Deutscher Evangelischer Kirchentag (3)**  
Weitere Bibelarbeiten und Podien, Nürnberg,  
7. bis 11. Juni 2023 – 44 Seiten / 4,80 €

41/23 – **Festakt »175 Jahre Diakonie« / Eröffnung Interkulturelle Woche / Kanzelrede zum Staatskirchenrecht / St.-Michael-Jahresempfang**  
20 Seiten / 2,80 €

42/23 – **Under God's Blessing – Shaping the Future** (16. Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Tallin, 14. bis 20. Juni 2023)  
40 Seiten / 4,30 €

43/23 – **»Der Tod steht uns gut« – Hospizarbeit im Wandel** (25. Locomer Hospiztagung, 3. bis 5. März 2023, Ev. Akademie Loccum) – 24 Seiten / 3,60 €

44/23 – **Stellungnahme des Rates der EKD zur Regelung zum Schwangerschaftsabbruch / Tag der Deutschen Einheit – Predigten (Fehrs/Heße), Festrede (Harbarth) / Andacht beim Festakt 175 Jahre Diakonie** (Kurschus) – 24 Seiten / 3,60 €

45/23 – **50 Jahre Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP)** – Festveranstaltung, Frankfurt am Main, 4. Oktober 2023 – 28 Seiten / 3,60 €

46/23 – **Ehrlichkeit ist das Gebot der Stunde – Beitrag der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zur Auswertung des deutschen Einsatzes in Afghanistan** (Berlin, 30. August 2023)  
20 Seiten / 2,80 €

47/23 – **Diskussion über § 218** (Diakonie, Ökumenischer Arbeitskreis u.a.) / **Solidaritätskundgebung mit Israel** (Berlin, 22. Oktober 2023) / **375 Jahre Westfälischer Friede** (Osnabrück, 25. Oktober 2023)  
32 Seiten / 4,30 €

48/23 – **Verleihung des ökumenischen Predigtpreises 2023**, Bonn, 16. Oktober 2023 – 28 Seiten / 3,60 €

49/23 – **Synodentagung (1): Texte von VELKD und UEK** (Ulm, 10. bis 13. November 2023)  
44 Seiten / 4,80 €

50-51/23 – **50 Jahre Leuenberger Konkordie** – Ausgewählte Texte aus Veranstaltungen im Jubiläumsjahr 2023 – 100 Seiten / 7,50 €

## Jahrgang 2024

1-2/24 – **Rüstungsexportbericht 2023** (Vorgelegt von der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) am 12. Dezember 2023 in Berlin) – 72 Seiten / 6,10 €

3/24 – **Synodentagung (2): Texte zur Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)** (Ulm, 12. bis 14. November 2023) / **Rücktrittserklärung von Präses Dr. h.c. Annette Kurschus** (Bielefeld, 20. November 2023) – 36 Seiten / 4,30 €

4-5/24 – **Zwischen Paternalismus und Partizipation – Sinti\* und Roma\* in Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit** (Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen, Nürnberg, 24. bis 25. November 2023) – 76 Seiten / 6,10 €

---

## Jahrgang 2024

- 6/24 – **Kirchengemeinschaft auf dem Weg**  
(Abschlussdokument zu dem Lehrgespräch zwischen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland – Baptisten (BEFG) in den Jahren 2017-2023) – 48 Seiten / 4,80 €
- 7/24 – **Synodentagung (3): Texte zur Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)**  
(12. bis 14. November (Ulm) und 5. Dezember (digital) 2023) – 60 Seiten / 5,30 €
- 8/24 – **Kirche. Politik. Medien. Relevanzverluste und Bedeutungsgewinne** (Beiträge zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen vom 15. bis 16. September 2023) – 44 Seiten / 4,80 €
- 9/24 – **Holocaust-Gedenktag / Kirchentags-Sonntag:**  
Predigt von DEKT-Präsidentin Anja Siegesmund, Hannover, 2. Februar 2024 / **Ökumenischer Tag der Schöpfung:** Prof. Dr. Wolfgang Lucht  
24 Seiten / 3,60 €
- 10-11/24 – **Christlicher Antisemitismus: Ursachen – Einsichten – Konsequenzen** (Tagung der Evangelischen Tutzing, 23. bis 25. Oktober 2023)  
88 Seiten / 6,80 €
- 12/24 – **One Body, One Spirit, One Hope/ Ein Körper, Ein Geist, Eine Hoffnung** (13. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB), Krakau, 13. bis 19. September 2023) – 68 Seiten / 5,60 €
- 13/24 – **Ökumenischer Lagebericht 2023 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessions-

kundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD, Bensheim) – 64 Seiten / 5,60 €

- 14/24 – **16. LutherKonferenz der Internationalen Martin Luther Stiftung und Verleihung der LutherRose**, Lutherstadt Wittenberg, 11. November 2023 – 40 Seiten / 4,30 €
- 15/24 – **Inventur. Schulbücher jüdisch-christlich bedenken** (Tagung Berlin, 13. bis 14. November 2023)  
56 Seiten / 5,30 €
- 16-17/24 – **Die Welt nicht akzeptieren, wie sie ist – Dorothee Sölle zum 20. Todestag** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, 10. bis 12. November 2023) – 88 Seiten / 6,80 €
- 18/24 – **Kirchliche Stellungnahmen zu Rechts-extremismus und AfD** – 40 Seiten / 4,30 €
- 19/24 – **Kirche & Diakonie in der Zeitenwende #aus Liebe genauer hinschauen** (Tagung der Ev. Akademie Tutzing in Kooperation mit der Diakonie Deutschland, Tutzing, 2. bis 3. November 2023)  
48 Seiten / 4,80 €
- 20/24 – **»Friede diesem Haus«** – Wort der deutschen Bischöfe (Zusammenfassung und Statements von Bischof Dr. Georg Bätzing, Bischof Dr. Bertram Meier und Prof. i. R. Dr. Heinz-Günther Stobbe – Augsburg, 21. Februar 2024) / **Kirchliche Stimmen zum Wahljahr 2024** – 20 Seiten / 2,80 €
- 21/24 – **Russischer Imperialismus und zivilgesellschaftliche Solidarität** (Fünfter digitaler Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik, 23. Februar 2024) – 28 Seiten / 3,60 €

---

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:  
GEP gGmbH Leserservice  
Postfach 1154  
23600 Bad Schwartau  
Tel.: 0451 4906-830  
Fax: 0451 4906-950  
E-Mail: gep-  
leserservice@medienexpert.com  
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 36,00 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 41,90 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 33,25 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

**epd**-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.